Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatl. 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zl., monatl. 5,39 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zl., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 59. **Bromberg, Mittwoch den 12. März 1930.** **54. Jahrg.**

Sturm gegen Paneuropa

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 10. März. Für Sonnabend um 6 Uhr nachmittags war der Vortrag des Gründers der paneuropäischen Bewegung, des von den besten Geistern Europas hochgeschätzten Idealisten **Grafen R. N. Coudenhove-Kalergi** angesagt. Schon vor der anberaumten Stunde füllte ein sehr zahlreiches Publikum die Aula der Universität bis auf den letzten Platz. Erschienen waren: der Außenminister Zaleski, eine stattliche Reihe leitender Beamter aus dem Außenministerium, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, der Rektor der Universität, Professoren, Politiker und Vertreter der aus- und inländischen Presse. Auch viele Studenten hatten sich eingefunden, darunter ein **Trupp polnischer nationalistischer Korpsbrüder,** die, wie es sich bald zeigte, abkommandiert worden waren, um das Element der Pöbelhaftigkeit durch Radau zu repräsentieren. Zuerst hielten der Präses der polnischen Sektion der paneuropäischen Union **Aleksander Lednicki** und ein Vertreter der paneuropäisch gesinnten Jugendorganisation in Polen kurze Ansprachen, in denen sie den Urheber der paneuropäischen Bewegung auf polnischem Boden herzlich begrüßten.

Kaum war der dem Grafen Coudenhove-Kalergi vom Publikum gezollte Begrüßungsbeifall verstummt, kaum hatte Coudenhove sich erhoben, um den Vortrag zu beginnen, **da entfesselten die Studenten einen großen Spektakel. Ein ohrenbetäubendes Schreien, Johlen, Pfeifen wurde laut.** Die jungen Patrioten riefen: **Fort mit dem Judenknecht! Fort mit den Massonen (Freimaurern)! Fort mit den Deutschen! Nach Bolschewien mit solchen Vorträgen!** u. a. m. Im ersten Augenblick bemächtigte sich des ganzen Publikums große Bestürzung und Verwirrung. Doch bald traf das Präsidium die nötigen Vorkehrungen, und die Krakehler wurden diskret aus dem Saale hinausgewiesen. Sie sammelten sich dann im Korridor an und **hörten nicht auf bis zum Ende des Vortrages zu lärmen, zu schimpfen, gegen die Saaltüren anzurennen und mit Stöcken auf die Türflügel zu schlagen.**

Unter dieser allerdings schon etwas gedämpften akustischen Begleitung fand der Vortrag Coudenhoves statt. Zuerst stand Coudenhove gelassen und beherrscht, wenn auch traurig auf dem Podium und sah dem leidenschaftlichen Ausbruch der Nationalisten etwa 15 Minuten lang schweigend zu. Dann las er ruhig, doch etwas tonlos seinen französischen Vortrag, der dem polnischen Nationalstolz recht viel Nahrung bot und mit einem Hoch auf Polen und Europa ausklang. Aber das Publikum, das nervös erregt und von brennender Scham gequält war, hatte nicht mehr die Fähigkeit zur Konzentration. Als Coudenhove schloß, wurden ihm stürmische Ovationen dargebracht. Hierauf leisteten Lednicki und ein Vertreter der nicht-endekischen polnischen Studentenschaft dem Präsidenten der paneuropäischen Union unter frenetischem Beifall des gesamten Publikum Abbitte. Graf Coudenhove dankte freudig und gerührt und bemerkte lächelnd, daß er von derlei Störungen durchaus nicht überrascht sei; er werde oft von solchen Leuten bekämpft, die nicht wüßten, was sie tun; er sei überzeugt, daß die Demonstranten nach der Lektüre seiner Schriften ihren Irrtum einsehen werden.

*

Wer die nationaldemokratische Mentalität kennt, kann diesen Glauben unmöglich teilen. Was ein richtiger Endeke ist, der hat nichts zu lernen und nichts einzusehen. Er weiß schon alles. Er ist in Punkto Paneuropa genügend belehrt. Ausgerechnet Paneuropa ist — wie das endekische Evangelium, das ja auch sonst widersinnig ist, lehrt — 1. eine deutsche Erfindung zum Verderb Polens; 2. ein Organ der Freimaurerei; 3. Coudenhove hat — wie die Endeken letztens entdeckt haben — eine Allianz mit dem Judentum geschlossen und es steht fest: daß „wenn Paneuropa je beginnen würde, reale Gestalt anzunehmen, es eine Expositur des Judentums und dessen antichristlicher Mission sein würde" („Gazeta Warszawska" vom 9. März 1930, Nr. 70).

Kurz „Paneuropa" ist ein destruktives, böses deutsch-freimaurerisch-jüdisches Unternehmen. An diesem Unternehmen sind u. a. beteiligt: die berüchtigten deutschen Nationalisten: Aristide Briand, Thomas, G. Masaryk, Edward Benesch, Wickham Stead, Lord Robert Cecil; die ausgesprochenen Freimaurer wie der gewesene Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel, Joseph Wirth, und schließlich Erzjuden, wie die Minister Nicolas Politis (Griechenland), J. Pauluks (Litauen), Georg von Lukacs (Ungarn), Graf Hugo Lerchenfeld usw. usw. Wie man sieht: eine schreckliche Gesellschaft ....

Rauscher bei Hindenburg.

Der Reichspräsident akzeptiert das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 11. März. Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern vormittag den Reichskanzler Müller, der über die gegenwärtige politische Lage Bericht erstattete. Sodann wurden empfangen Reichsaußenminister Dr. Curtius, der Ernährungsminister Dietrich und schließlich **der deutsche Gesandte in Warschau Ulrich Rauscher, der sich für die unverzügliche Annahme des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens aussprach. Nachdem der Reichspräsident die Referate der Minister entgegengenommen hatte, entschloß er sich, das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen in der ihm vorgelegten Form zu akzeptieren.**

*

Die Unterzeichnung — am Donnerstag.

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach zweitägigen Konferenzen und Audienzen bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg ist der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, gestern abend 6 Uhr mit der Ermächtigung zur Paraphierung des Handelsprovisoriums wieder nach Warschau abgereist. Die Unterzeichnung des Abkommens wird in Warschau erst am Donnerstag stattfinden, wenn das Schicksal des Kabinetts Müller, sowie das Abstimmungsergebnis im Reichstage über den Young-Plan bekannt sein wird.

Curtius über den Liquidations-Vertrag.

Im Reichstag führte **Reichsaußenminister Dr. Curtius** über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen am gestrigen Montag u. a. folgendes aus:

„Der **deutsch-polnische Handelsvertrag** ist noch nicht abgeschlossen, aber er wird in den nächsten Tagen paraphiert werden. Die Landwirtschaft wird keinen Grund zur Beschwerde über diesen Vertrag haben. Beim **deutsch-polnischen Liquidationsabkommen** lag uns vor allem am Schutz der deutschen Minderheit in Polen. Die Frage, ob das Abkommen eine Verfassungsänderung bedeutet, ist von der Reichsregierung reiflich geprüft und in einem schriftlichen Gutachten von den juristischen Sachverständigen des Reichsjustiz- und des Reichsinnenministeriums verneint worden.

Die Verbundenheit der Liquidationsabkommen mit dem Young-Plan beruht nicht auf einer Künstelei der Reichsregierung, sondern ergibt sich aus der **Vereinbarung der Sachverständigen in Paris, daß frühere Leistungen nicht angerechnet werden sollen. Das war die Voraussetzung für die Festsetzung der Annuitäten.** Diese in den Liquidationsabkommen erfüllte Voraussetzung steht also mit dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenverhandlungen in engem Zusammenhang. Die Anrechnung des Wertes des an Polen abgetretenen Gebietes ist nach dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz unmöglich. Der Wert dieser Gebiete war von der Reparationskommission Polen angerechnet worden auf die alte Kapitalschuld. Unter diese Kapitalschuld ist aber ein Schlußstrich gemacht worden durch die Vereinbarungen der Pariser Sachverständigenkonferenz. Diesen Teil der Sachverständigenvereinbarung hat Herr Schacht in seinem Memorandum weggelassen. (Lebh. hört, hört! — Rufe bei den Regierungsparteien. — Lebhafter Widerspruch rechts.)

Daß das Abkommen im Interesse der deutschen Minderheit in Polen liegt, ist uns von einem maßgebenden Vertreter dieser Minderheit bestätigt worden. (Rufe rechts: „Wer ist das?") Ich möchte den Namen dieses Sejmabgeordneten lieber nicht nennen. Wir haben die bestimmte Zusicherung, daß die aus der polnischen Agrarreform befürchteten schädigenden Maßnahmen nicht eintreten werden. (Abg. Graf Westarp (Dnat.): „Über polnische Zusicherungen lacht man!" — Zuruf links: Lache, Bajazzo!") Der polnische Außenminister hat in diesen Tagen erklärt, die Polnische Regierung denke nicht daran, aus der Agrarreform eine Strafe zu machen, um mit ihrer Hilfe an Stelle der durch das Liquidationsabkommen gefallenen Möglichkeiten gegen deutschen Besitz vorzugehen. (Nationalsozialistischer Zuruf: „Sind Sie denn polnischer Minister?" — Ordnungsruf.)

Wir verstehen die Sorge in den Ostprovinzen. Aber gerade wer diese Sorgen teilt, muß für das Abkommen eintreten. Viele dieser Sorgen werden durch das Abkommen weggeräumt. **Was sonst zwischen uns und Polen steht, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft.** Gerade darum ist es unverständlich, daß ostpreußische Abgeordnete Gegner des Abkommens sind. Die deutsche Menschenbrücke im deutsch-polnischen Korridor und das deutsche Fundament in der abgetretenen Provinz Posen bewahrten Ostpreußen vor der Isolierung. Wenn Sie diese Brücke und dieses Fundament zerschlagen, ist Ostpreußen ganz isoliert. Wir aber wollen gegen Sie (nach rechts) diese Brücke erhalten und dafür sorgen, daß auf diesem Fundament die Brücke weiter steht. Darum müßten gerade die ostpreußischen Abgeordneten mit uns für das Abkommen eintreten. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Auf der Kippe.

Vor der Abstimmung über die Haager Abkommen.

Berlin, 10. März. (PAT.) Im Zusammenhange mit einem gestern veröffentlichten Schema der Abstimmung über die Haager Abkommen, aus dem hervorgeht, daß für den Young-Plan nur die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei mit zusammen 197 Stimmen zu haben sein werden, daß sich aber 192 Stimmen gegen seine Annahme aussprechen dürften, macht die deutschnationale Presse darauf aufmerksam, daß von der sich für den Young-Plan aussprechenden Deutschen Volkspartei ein Teil der Abgeordneten bei dem Liquidationsabkommen mit Polen sich der Stimme enthalten müßte. In Anbetracht dieser Tatsache wäre nach Ansicht dieser Presse

die Annahme des Abkommens mit Polen in Frage gestellt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat in ihrer Sonnabendsitzung einstimmig beschlossen, sich an der zweiten Lesung des Projekts der Haager Abkommen der Stimme zu enthalten, sofern es vor der Abstimmung nicht zu einer Verständigung zwischen den Parteien und der Regierung in der Frage des Finanzprogramms kommen sollte. Dieser Beschluß ist die Bestätigung der bisherigen Forderungen der Zentrumsfraktion, daß sich die Koalitionsparteien verpflichten sollen, die Durchführung des durch das Reichskabinett beschlossenen Finanzprogramms gesetzlich zu garantieren.

Der Höhepunkt der Krise.

Berlin, 11. März. (PAT) Über den Verlauf der entscheidenden Konferenz, die am Sonntag zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Koalitionsfraktionen stattgefunden hat, wird aus parlamentarischen Kreisen folgendes mitgeteilt:

Zu Beginn wandte sich Reichskanzler Müller, nachdem er die Notwendigkeit betont hatte, die Lage vor den endgültigen Entscheidungen zu klären, an die Vertreter der Parteien mit der Anfrage, welchen Standpunkt sie gegenüber dem Finanzprogramm einzunehmen beabsichtigen. **Die Führer der Koalitionsparteien erklärten einmütig, daß sie an ihrem bisherigen Standpunkte in vollem Umfange festhalten.** Die Demokraten stellten dabei erneut fest, daß, sofern sich das Zentrum der Abstimmung über die Haager Abkommen fernhalten sollte, ihre Fraktion ebenfalls entschlossen sei, sich in der zweiten und dritten Lesung der Stimme zu enthalten. Nach diesen Erklärungen schloß der Kanzler die Sitzung mit der Feststellung, daß er die weiteren interfraktionellen Verhandlungen als zwecklos ansehe.

Gleichzeitig teilte der Reichskanzler mit, **daß die Regierung die Abstimmung über die zweite Lesung der Young-Gesetze von Montag auf Dienstag vertage,** um den Parteien eine Bedenkzeit zu geben. Dies ist das letzte Zugeständnis der Regierung zugunsten der Koalitionsparteien. Von weiteren Zugeständnissen kann nicht die Rede sein. **Sollten die Parteien bis Dienstag keine gemeinsame Plattform finden, so ist die Regierung entschlossen, hieraus die endgültigen Konsequenzen zu ziehen. Mit Nachdruck betonte der Kanzler, daß es die Regierung nicht dulden könnte, wenn die Haager Abkommen mit einer Mehrheit von nur einigen Stimmen angenommen werden würden. Auch Reichspräsident von Hindenburg unterstützt den Standpunkt des Reichskanzlers Müller, daß es nicht angehe, daß ein Abkommen von so hervorragender Bedeutung wie der Young-Plan nur mit einer verschwindenden Stimmenmehrheit zur Annahme gelange.**

Nach einer weiteren Meldung hat die Deutsche Volkspartei beschlossen, aus der Regierungskoalition auszutreten. In den nächsten Stunden rechnet man in Berlin mit dem Rücktritt des Finanzministers Moldenhauer. Wahrscheinlich wird auch Reichsaußenminister Dr. Curtius nach der Ratifizierung der Haager Abkommen sein Demissionsgesuch einreichen.

Die Weimarer Koalition

wird den Young-Plan retten.

Wie das „Berl. Tagebl." berichtet, haben sich **die vier Regierungsparteien, ohne die Deutsche Volkspartei,** am Montag vorbehaltlich einer Verständigung über die Einzelheiten des Finanzprogramms, auf eine Erklärung geeinigt, die gegebenenfalls in der heutigen Reichstagssitzung verlesen werden soll. Darin verpflichten sich die Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, sobald der Young-Plan unter positiver Zustimmung des Zentrums angenommen sei, für den — im einzelnen noch festzulegenden — Finanzplan einzutreten. Über seine Einzelheiten fanden am Montag nachmittag dauernd Verhandlungen statt, wobei zunächst einmal die Frage der Festlegung der Steuersenkungen für 1931 noch umstritten blieb und auch über die endgültige Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zu den neuen Vorschlägen wegen der Biersteuer noch keine Klarheit geschaffen worden war. Würde eine Einigung zwischen den vier Parteien erfolgen, dann wäre die Forderung des Zentrums erfüllt und diese Partei könnte dem Young-Plan zustimmen, was um so nötiger erscheint, als die Parteien inzwischen darüber verständigt sein dürften, daß eine Annahme des Young-Plans mit einer nur geringfügigen Mehrheit unter Umständen noch zu Komplikationen führen könnte. Sollten sich aber die Parteien über den Finanzplan nicht einigen, so würde vielleicht ein anderer Weg gefunden werden, um dem

Zentrum für die sofortige Inangriffnahme der Finanzreform gewisse Sicherheiten zu verschaffen und ihm dann doch die Zustimmung zu ermöglichen.

Nach der Reichstagssitzung am Montag traten die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zu Fraktionssitzungen zusammen, um den Bericht über die bisherigen Besprechungen über das neue Finanzprogramm entgegenzunehmen. **Die Abstimmung über den Young-Plan in zweiter Lesung ist auf heute, Dienstag nachmittag 4 Uhr verschoben worden,** um noch etwas mehr Zeit für die Parteibesprechungen zu gewinnen.

*

Die Bayerische Volkspartei zögert noch.

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das Schicksal des Kabinetts Müller ist als besiegelt anzusehen. Die Regierungskrisis steht offen. Gegenwärtig schweben hinter den Kulissen Verhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei, um das bisherige Kabinett zu einer Regierung der sogenannten Weimarer Koalition umzubilden. **In Regierungskreisen rechnet man augenblicklich mit zwei Möglichkeiten: entweder werde das Kabinett Müller das Endergebnis der Abstimmung, die am Mittwoch über den Young-Plan in der Vollsitzung des Reichstages stattfindet, abwarten, oder der Kanzler werde noch vor der Mittwoch-Abstimmung dem Reichspräsidenten die Schließung der Session und die Ausschreibung von Neuwahlen in Vorschlag bringen, um auf diese Weise über das ganze Reparationsproblem das Volk entscheiden zu lassen.**

Wie es heißt, soll Reichskanzler Müller in der gestrigen Audienz beim Reichspräsidenten diesem vorgeschlagen haben, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

*

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Mitglieder für heute mittag 1 Uhr zu einer Sitzung einberufen, um zu dem Ergebnis der in der Nacht geführten Verhandlungen Stellung zu nehmen. Die Regierung ist über das Ergebnis der Beratungen bereits unterrichtet und behält sich ihre Stellungnahme vor.

Hindenburg hat nicht gratuliert.

Eine ganz selbstverständliche Erwiderung.

Prag, 11. März. Im Zusammenhange mit den Jubiläumsfeiern des Präsidenten Masaryk fiel allgemein die Tatsache auf, daß Reichspräsident von Hindenburg kein Gratulationsschreiben gesandt hatte. Nach der offiziellen Meinung deutscher Kreise sei dies dem Umstande zuzuschreiben, daß nach Ansicht des Reichspräsidenten der Geburtstag des Präsidenten eines Staates keine Staatsfeier sei und daher in diesem Falle keine diplomatische Verpflichtung vorgelegen habe. Als tatsächliche Ursache wird jedoch nicht diese Formalie, sondern der Umstand angenommen, daß auch Präsident Masaryk vor zwei Jahren aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg nicht gratuliert hatte. Wenn der Präsident der Tschechoslowakei damals dem Reichspräsidenten gegenüber freundlich gewesen wäre, oder wenn Herr Masaryk noch keinen Anlaß gehabt hätte, sich höflich zu zeigen, dann wäre ein Glückwunsch in Prag gewiß nicht ausgeblieben.

Kämpfe an der polnischen Grenze.

Warschau, 11. März. Im Grenzabschnitt Ostrog-Korzec hatten die bolschewistischen Behörden vor einigen Tagen sämtliche landwirtschaftlichen Geräte konfisziert, wobei etliche Bauern verhaftet wurden, die die Geräte nicht freiwillig herausgeben wollten. An demselben Tage begab sich eine aus tausend Frauen zusammengesetzte Menge vor die bolschewistische Grenzwache und forderte die Rückgabe der Geräte sowie die Freilassung der Verhafteten. In Anbetracht der drohenden Haltung der Menge setzten die Behörden die Verhafteten auf freien Fuß, die Geräte wurden jedoch nicht ausgeliefert. Am nächsten Tage wiederholten sich die Demonstrationen, wobei die Menge, die inzwischen auf 2000 Personen angewachsen war, mit der Überschreitung der Grenze drohte. Und tatsächlich setzte sich unmittelbar darauf die riesige Menge nach der polnischen Grenze zu in Bewegung. Die sowjetrussische Grenzwache und die politische Polizei besetzten unverzüglich sämtliche Übergänge. Als sich die Menge näherte, fiel eine Salve, und das Militär rückte mit Bajonetten vor. Die Menge zog sich darauf zurück.

In dem benachbarten südlichen Abschnitt hatten die Exzesse einen viel bedrohlicheren Charakter, da im Augenblick als die landwirtschaftlichen Geräte hinausgetragen wurden, aus allen Richtungen die alarmierte, mit Dunggabeln bewaffnete Bevölkerung herbeieilte, die Soldaten verprügelte und ihnen das konfiszierte Inventar abnahm. Schließlich mußte Militär zu Hilfe gerufen werden. Der Kampf dauerte den ganzen Tag über. Die Schüsse aus Maschinengewehren und Karabinern waren auf der polnischen Seite zu hören.

*

Erschießung eines Pastors.

Riga, 10. März. Die lettische Gesandtschaft in Moskau setzte die Regierung von Lettland davon in Kenntnis, daß in Nowgorod unter dem Vorwurf der Gegenrevolution der lettische evangelische Pastor Kamolin von der politischen Polizei erschossen wurde. Der Pastor erfreute sich unter den Letten in der Sowjetunion einer großen Autorität.

Frevler am Heiligtum.

Aus **Crone a. Br.** wird uns gemeldet: In der Nacht zum 9. März haben ruchlose Hände ein Eisengitter von drei Meter Länge vor der Sakristei der hiesigen evangelischen Kirche mit Gewalt umgeworfen. Das Gitter war in Steinplatten eingegossen. Außerdem wurde die Scheibe eines Kirchenfensters durch Steinwürfe zertrümmert. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Aus **Obornik** wird berichtet. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein großer Stein durch die Fenster der hiesigen Synagoge geworfen, so daß ein großer Schaden entstand. Vor kurzem bereits wurden die Fenster der Synagoge durch Teschingkugeln beschädigt. 200 Złoty Belohnung wurden für die Ergreifung des Täters ausgesetzt.

Setzt die Umsatzsteuer herab!

Rede des Abg. Utta vom Deutschen Parlamentarischen Klub, gehalten in der Sejmsitzung vom 8 März 1930.

Hohes Haus! Meine Vorredner haben hier so viele schlagende Beweise angeführt, daß die Umsatzsteuer unbedingt, wenn nicht ganz abgeschafft so doch mindestens stark herabgesetzt werden muß. Es erübrigt sich, neue Argumente hinzuzufügen. Uns können ebenfalls die Gründe, die der Herr Minister in der Kommission zu der von ihm vorgeschlagenen Beschränkung der Steuererleichterungen angeführt hat, nicht überzeugen. Der Deutsche Klub hat während der Beratungen über das Budget wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Budget viel zu hoch und für das Land untragbar ist. Man rechnete bei der Beschließung der Staatsausgaben nicht im geringsten mit der **schweren wirtschaftlichen Lage** und der **Verarmung des Landes.** Aus diesem Grunde hat der Deutsche Klub für dieses Budget jede Verantwortung abgelehnt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht die Einnahmen den Ausgaben, sondern im Gegenteil: die Ausgaben den Einnahmen anpassen muß.

Die wirtschaftliche Lage nicht nur der Industrie, des Handwerks und des Handels, sondern auch der ländlichen Bevölkerung ist so schwer, daß das Finanzministerium so oder anders Wege zur Herabsetzung der Staatsausgaben zu suchen gezwungen sein wird.

Wir teilen nicht die Bedenken, die hier von einigen Vertretern der ländlichen Bevölkerung gegen die Herabsetzung der Umsatzsteuer angeführt wurden. Die ländliche Bevölkerung hat doch unter der Umsatzsteuer nicht minder schwer zu leiden als der Bewohner der Städte. Soll der Kaufmann die hohe Umsatzsteuer auftreiben, so muß er entweder die Preise, die er dem Landmann für seine Erzeugnisse bezahlt, möglichst herabsetzen, oder aber die Preise derjenigen Artikel, die der Landmann kaufen muß, erhöhen. So oder anders trifft die Umsatzsteuer auch den Landmann. Ihre Herabsetzung ist für alle Schichten der Bevölkerung eine gleiche Notwendigkeit. **Aus diesem Grunde wird der Deutsche Klub für alle Anträge stimmen, die eine möglichst weitgehende Herabsetzung der Umsatzsteuer bezwecken.**

Wir erachten die Durchführung dieser Steuerreform für eine dringende Angelegenheit. Diese Tendenzen, die die Kommission in der Novelle zum Ausdruck gebracht hat, müssen sobald als möglich realisiert werden. Aus diesem Grunde werden wir auch für die Anträge stimmen, die eine **Beschleunigung der Steuerermäßigung** bezwecken.

Wir erachten die Angelegenheit der Berufungen gegen die Bemessung der Steuern überhaupt für eine äußerst wichtige Angelegenheit. Nach den heutigen Bestimmungen hält die Berufung die Zahlung der Steuer nicht auf. Die Berufungen der Steuerzahler liegen jahrelang unerledigt, die unrechtmäßig bemessene Steuer wird mit Gewalt eingetrieben und ganze Existenzen werden dadurch ruiniert. Nach unserer Ansicht müßte in die vorliegende Novelle die Bestimmung aufgenommen werden, daß, falls im Laufe von 6 Monaten, oder, wenn eine ergänzende Aufklärung des Steuerzahlers nötig war — im Laufe von 9 Monaten nicht geantwortet wurde, so soll das bedeuten, daß die Berufungsinstanz den Protest des Steuerzahlers berücksichtigt hat.

Das ganze Land erwartet, daß der Sejm die Umsatzsteuer bedeutend herabsetzen wird. Das Auftreten des Herrn Finanzministers und die Beschlüsse der Finanzkommission haben alle Schichten der Bevölkerung stark beunruhigt. Sollte der Sejm die hier vorgeschlagenen Verbesserungen nicht beschließen, so wird er das Vertrauen des Volkes verlieren.

Der Deutsche Klub wird alle Verbesserungsanträge, die eine Herabsetzung der Umsatzsteuer zum Ziele haben, durch seine Stimmen unterstützen.

Die Umsatzsteuer-Reform im Sejm.

Warschau, 10. März. (PAT) Die Sonnabend-Sitzung des Sejm wurde zum größten Teil mit der Aussprache über die Novelle zum Gesetz betreffend die Gewerbesteuer ausgefüllt, über die der Abgeordnete **Holylski** (Regierungsklub) referierte. Danach hat die Kommission vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus anerkannt, daß diese Steuer kassiert werden müsse, ebenso wie in anderen Staaten. Vom Gesichtspunkt des Haushalts aus gesehen stellte es sich aber heraus, daß sie lediglich reformiert werden kann. Die Kommission hat daher ein Projekt beschlossen, durch das eine stufenweise Ermäßigung der Sätze erfolgt. Diese Ermäßigungen werden die Einkünfte aus der Umsatzsteuer im Wirtschaftsjahre 1930/31 um 60 Millionen Złoty und im nächsten Wirtschaftsjahr um 100 bis 120 Millionen Złoty verringern. Eine weitere Herabsetzung hält die Kommission für unmöglich.

Abgeordneter **Brun** (Regierungsklub) bemerkt, daß diese Steuer 12,2 Prozent der Deckung sämtlicher Staatsausgaben bildet und daß daher ihre Reform eine stufenweise sein müsse. Der Detail-Handel wird in der ersten Zeit keine Erleichterungen genießen. Der Redner gibt jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Einkünfte aus dieser Steuer ergeben werden, daß sie sich in so hohem Maße nicht verringert hat, wie dies das Finanzministerium vorsieht, vielleicht eine Art ausfindig gemacht werden kann, noch im Laufe dieses Jahres Erleichterungen für den Detail-Handel zu schaffen. Der Redner appelliert an den Finanzminister, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten und durch eine entsprechende Einstellung der Behörde bei der Einschätzung und Zwangsvollstreckung die Enttäuschung zu mildern, welche die Geschäftswelt bis jetzt erfahren hat.

Abgeordneter **Pragier** (PPS) erklärt, daß sich die Umsatzsteuer in der Gestalt, wie sie bei uns in Geltung ist, überlebt habe. Entgegen dem Willen des Gesetzgebers ist diese Steuer in eine direkte Steuer umgewandelt worden. Es kommt vor, daß unumgänglich notwendige Gegenstände höher besteuert werden als Luxusartikel. Die Praxis hat dazu geführt, daß die kleinen Zahler, die keine Bücher führen, einer beliebigen Belastung unterzogen werden. Zu einer gründlichen Reform hat sich die Regierung lediglich mit Rücksicht auf das Budgetgleichgewicht nicht entschließen können. Der Redner weist auf die Entschließung der Kommission hin, in der die Regierung ersucht wird, im Laufe eines Jahres einen Gesetzentwurf vorzulegen, um diese Steuer durch ein anderes Steuersystem zu ersetzen.

Abgeordneter **Rybarski** (Nationaler Klub) gab einen Rückblick auf die Geschichte der Gewerbesteuer überhaupt und in Polen im besonderen und begründete die Abänderungsanträge seines Klubs mit der Behauptung, daß es, wenn man in der Periode der hohen Konjunktur vom Jahre 1928 die Umsatzsteuer herabgesetzt hätte, jetzt diese Krisis nicht gegeben hätte. Das gegenwärtige Jahr ist nach Ansicht des Redners so armselig, daß man die Ausgaben den Einnahmen anpassen muß. Die Zahlen unseres Staatshaushalts dürfen sakramentale Zahlen sein. Der Minister hat die Möglichkeit, mit Anträgen auf

Verringerung des Staatshaushalts

hervorzutreten, und diese Anträge werden Unterstützung finden. Die Reform ist notwendig, besonders mit Rücksicht auf den bevorstehenden Abschluß des Traktats mit Deutschland. Die Sätze unserer Gewerbesteuer müßten den deutschen Normen angepaßt werden, um die Produktionskosten bei uns denjenigen in Deutschland anzugleichen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abgeordneten **Karwan** (Bauernpartei), der sich für die gleichzeitige Behandlung der Gewerbe- und der Einkommensteuer, besonders bei den Landwirten aussprach und der Darlegung des Standpunktes der **Deutschen Fraktion** durch den Abgeordneten **Utta** zur Herabsetzung der Gewerbesteuer (seine Ausführungen bringen wir weiter unten im Wortlaut. Die Red.) kündigte im Namen des Piastenklubs der Abgeordnete **Potoczek** an, daß sein Klub für den Kommissionsentwurf, nicht aber für den Antrag der Minderheit der Kommission stimmen werde, der das Budgetgleichgewicht erschüttern könnte. Der Redner beantragte die Annahme einer Entschließung, nach welcher die Regierung aus den Einkünften der Gewerbesteuer vom Umsatz, die in Gestalt einer Pauschale von Schlachttieren erhoben wird, zehn Prozent zur Hebung der Tierzucht zur Verfügung stellen solle.

— Abg. **Farbstein** bemerkt, daß

die größten Erleichterungen den schwächsten Zahlern

zuerkannt werden müßten und zwar sofort. Der Redner bekämpft die Privilegien für die Bücher führenden Unternehmungen, fordert die Öffentlichkeit des Verfahrens bei der Einschätzung zur Umsatzsteuer und verlangt ferner, daß die Behörden den Interessenten eine schriftliche Antwort auf die Frage über die Einschätzung zu dieser Steuer erteilen sollen. Außerdem verlangt er Änderungen in der Form der Gewerbepatente und eine Verringerung der Verzugsstrafen.

Im Namen des Regierungsklubs wies der Abg. **Idzikowski** auf die Schädlichkeit der Umsatzsteuer für das Wirtschaftsleben hin und erinnert daran, daß die Nach-Mai-Regierungen dreimal dem Sejm Projekte für Änderung dieser Steuer vorgelegt hatten, durch welche der Kreis der Steuerzahler erweitert werden sollte, daß aber die Parteien sich diese Vorschläge in einer Zeit der günstigen Konjunktur nicht zu eigen machen wollten. Heute ist ein ungünstiger Augenblick. Statt einen Teil der Lasten auf sich zu nehmen, unter denen die städtische Bürgerschaft zu leiden hat, fordert die Landwirtschaft Hilfe. Das Leben selbst zwingt heute dazu, die Einkünfte des Staatsschatzes aus dieser vergifteten Quelle zu verringern, und die Erleichterungen müssen bedeutend sein. Eine radikale Herabsetzung muß bei den kleinen Werkstätten begonnen werden. Daher werden die Forderungen der Handwerker durch den gegenwärtigen Entwurf wenigstens zum Teil berücksichtigt; geschädigt dagegen ist der Kleinhandel; denn er genießt vorläufig keine Erleichterungen.

Abg. **Kuśnierz** (Christliche Demokratie) stellt fest, daß die Reform unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Wirtschaftskrisis vorgenommen werde. Die Zeit dafür sei jedoch jetzt nach der Beschließung des Staatshaushalts nicht günstig, und daher müsse die Reform eine teilweise sein; aber gerade aus diesem Grunde hätte sie Erleichterungen für die am meisten bedrohten Kategorien vorsehen müssen. Damit wurde die weitere Aussprache über diesen Punkt vertagt.

Proteste gegen die Umsatzsteuer.

Große Erregung und Proteststreiks der Kaufmannschaft des ganzen Landes.

Die Unzufriedenheit der Kaufmannschaft und des Handwerks über die herrschende Wirtschaftskrisis und die Hinausschiebung des Termins einer durchgreifenden Steuerreform ist in den letzten Tagen in ganz Polen in einer noch nie dagewesenen Stärke hervorgetreten. In sämtlichen größeren Städten haben in diesen Tagen Massenversammlungen stattgefunden, in denen unter Hinweis auf die schwere Lage, in der sich Geschäftswelt und Handwerk infolge der Wirtschaftskrisis und der schweren Steuerlasten befinden, gegen das ruinierende Steuersystem und im besonderen **gegen die Umsatzsteuer sowie die Art ihrer Einziehung aufs schärfste Protest eingelegt wurde.** Nachdem die Warschauer jüdische Kaufmannschaft beschlossen hat, zum Protest gegen die übermäßig hohen Steuern den **ganzen Dienstag über ihre Läden zu schließen,** fand gestern in Warschau eine Versammlung der christlichen kaufmännischen und Gewerbeverbände statt, die einen stürmischen Verlauf nahm. In der von 14 Verbänden unterzeichneten Entschließung, die an die Adresse des Ministerpräsidenten, des Finanzministers, der Abgeordneten und Senatoren gerichtet ist, heißt es u. a.:

Handel und Industrie befinden sich, jeglicher materiellen Reserven bar, gegenwärtig in einer selten schwierigen Lage. Eine der Hauptursachen dieses verzweifelten Zustandes ist das ruinierende Steuersystem und im besonderen die Umsatzsteuer und die Art ihrer Einziehung. Die Majorisierung der Städte in Steuerproblemen des Handels und des Handwerks übt einen schädlichen Einfluß auf die gesamte Sozialwirtschaft aus. Die Umgehung der Meinung der Industrie- und Handelskammern

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 59.

Bromberg, Mittwoch den 12. März 1930.

Pommerellen.

Der Amtsbezirk Linde und sein Gericht.

Interpellation

des Abg. Tatulinski vom Deutschen Parlamentarischen Klub und anderer Abgeordneter an den Herrn Justizminister wegen Zuteilung des Amtsbezirks Linde (Linja) zum Amtsgericht Karthaus (Kartuzy).

Vor fast zwei Jahren wurde durch die Administrationsbehörden der Amtsbezirk Linde (Linja), bestehend aus den Ortschaften Linde (Linja), Wahlendorf (Niepoczłowice), Wilhelmshof (Zakrzewo), Kantrschin (Kętrzyno) und Klutschau (Tłuczewo) von dem Seekreis (powiat morski) getrennt und dem Kreise Karthaus (Kartuzy) zugeteilt. Zu gleicher Zeit wurden auch die zuständigen Kreisämter nach Karthaus (Kartuzy) verlegt. Nur die Gerichtsbarkeit ist bis heute in Neustadt (Wejherowo) verblieben so daß die Bevölkerung zu den Amtsstellen einmal nach Karthaus (Kartuzy) und das andere Mal in entgegengesetzter Richtung nach Neustadt (Wejherowo) gehen muß. Dazu liegt der ganze Amtsbezirk an den Eisenbahnstationen Linde (Linja), Wilhelmshof (Zakrzewo), Wahlendorf (Niepoczłowice) und Kantrschin (Kętrzyno) und hat somit mit Karthaus eine ausgezeichnete Verbindung, während Neustadt (Wejherowo) etwa 40 Kilometer entfernt liegt und nur sehr schwer zu erreichen ist.

Bei meinen mehrmaligen Vorstellungen im Justizministerium wurden wir stets vertröstet, daß die Verlegung bald erfolgen werde, was aber bis heute noch nicht geschehen ist.

Daher erlauben wir uns, den Herrn Justizminister anzufragen:

1. Aus welchem Grunde die Verlegung noch nicht geschehen ist und
2. Wann gedenkt er diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu bereiten?

Warschau, den 6. März 1930.

Die Interpellanten.

---

11. März.

Graudenz (Grudziądz).

× **Submission.** Das Staatliche Hochbauamt in Graudenz, Altestraße (Stara) Nr. 1, schreibt die Herstellung von Brausebädern und den Umbau des Turnsaales im staatlichen Mädchengymnasium aus. Blankettofferten gibt das genannte Amt ab, und zwar für die Maurerarbeiten gegen Zahlung von 1,50 Złoty, für die Installateurarbeiten gegen eine Zahlung von 0,50 Złoty. Verschlossene und versiegelte Bewerbungen müssen bis zum 19. März d. J., 12 Uhr mittags, dem Staatlichen Hochbauamt eingereicht werden. Dortselbst findet um diese Zeit die Eröffnung der eingelaufenen Offerten statt. Den Bewerbungen ist eine Quittung der Kasa Skarbowa über die erfolgte Niederlegung einer Bürgschaft von 5 Prozent der Offertensumme beizufügen. Offerten ohne diese Quittung finden keine Berücksichtigung. Nähere Einzelheiten erteilt das Vergebungsamt während der Dienststunden. *

× **Eine bedeutungsvolle Wohlfahrtseinrichtung** wurde Sonntag auf dem Terrain der PePeGe eingeweiht und eröffnet, nämlich eine Fürsorgestation für Mutter und Kind nebst Milchküche. Mit Rücksicht auf die zahlreiche, besonders weibliche Arbeiterschaft dieser Fabrik ist die neue Pflege-Einrichtung auch über den Kreis dieses Unternehmens hinaus und damit für einen erheblichen Teil der allgemeinen Graudenzer Bevölkerung von bemerkenswerter sozialer Tragweite. Den Weiheakt, an dem Vertreter des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, der Krankenkasse, der Verwaltung der Fabrik usw. teilnahmen, vollzog Prälat Dembek. *

× **Mit der Aufnahme von Kranken in das neue Kreiskrankenhaus** in Lessen (Łasin), Kreis Graudenz, und zwar in die Abteilungen Chirurgie, Innere Krankheiten, Gynäkologie und Geburtshilfe, wird, wie die Kreisbehörde zur öffentlichen Kenntnis bringt, am 15. d. M. begonnen. An ansteckenden Krankheiten Leidende nimmt das Kreisspital nicht auf. *

× **Übel gelohnte Gutmütigkeit.** Zu einer in der verlängerten Lindenstraße wohnenden Familie kam dieser Tage ein etwa 20jähriger Mensch der sich als Klempner bezeichnete und, da er arbeitslos sei, um irgend eine Beschäftigung gegen bescheidene Vergütung bat. Man wies ihm einige, an sich nicht etwa dringende, leichte Reparaturarbeiten im Stalle an, für deren Ausführung er dann eine angemessene Entschädigung erhielt. Bald nachdem sich der Arbeitslose entfernt hatte, bemerkte das Familienoberhaupt, daß der junge Mann, der so bescheiden und vertrauenerweckend aufzutreten wußte, es verstanden hatte, sich noch einen „Extraverdienst“ zu verschaffen, und zwar dadurch, daß er eine Gießkanne und das für seine Arbeit ihm zur Verfügung gestellte Handwerkszeug hatte mitgehen heißen. Unter solcher Unehrlichkeit Erwerbsloser müssen dann ordentliche und redliche Bedürftige leiden, da das Mißtrauen gegenüber Ansprechenden dadurch erklärlicherweise noch mehr wächst. *

× **Wieder eine Schaufensterzertrümmerung.** Der Culmerstraße (Chełmińska) 89 wohnhafte Friseur Alojzy Kaminski zeigte der Polizeibehörde an, daß ihm seine Schaufensterscheibe im Werte von 1000 Złoty eingeschlagen worden ist. Die Täter sind bisher noch nicht entdeckt worden. *

× **Als gefunden abgegeben** worden sind im Städtischen Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit im Monat Februar nachstehende Gegenstände: zwei Bund Schlüssel (neun und drei Stück), eine Schürze, ein Gummischuh, eine Autopumpe, eine Lorgnette, ein Handschuh, eine Tasche, eine Damenuhr und eine Damenhandtasche. *

× **Laut letztem Polizeibericht** wurden 12 Personen festgenommen, darunter acht Betrunkene und zwei Diebe. An Diebstählen waren verzeichnet: Gustav Brandt aus Burg Belchau (Białochowo) ist in Graudenz sein Fahrrad im Werte von 130 Złoty von der Straße gestohlen worden. Durch Einbruch wurden aus einem Keller des Pfarrhauses in der Gartenstraße (Ogrodowa) einige Flaschen Obst- und anderer Wein, sowie andere Sachen von vorläufig noch nicht angegebenem Werte entwendet. Aus einer Parterrewohnung des Hauses Festungsstraße (Forteczna) 5 entwendeten bisher unbekannte Diebe Damengarderobe im Werte von 100 Złoty sowie Papiere. Endlich meldeten Zofia Herrmann, Anna Kosłowska und Antoni Kabat, alle Courbierestraße (Kościuszki) 14 wohnhaft, daß ihnen Garderobe, Schuhe, Pantoffeln usw. im Gesamtwerte von 500 Zł. gestohlen worden sind. *

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Deutsche Bühne Grudziądz. Um der Landbevölkerung Gelegenheit zu geben, die prächtige Dekoration und Beleuchtung vom Maskenball „Mit Zeppelin zum Nordpol“ kennzulernen und um ihr auch die Gruppentänze vorzuführen, wird auf vielfachen Wunsch am kommenden Sonntag, dem 16. d. M., um 3 Uhr nachmittags, als Fremdenvorstellung eine Wiederholung des fröhlichen Lustspiels „Geld auf der Straße“ gegeben. In den Pausen werden durch die Konzertanlage Konzertstücke vorgetragen. Trotz des reichen Programms werden auch zu dieser Aufführung keine erhöhten, sondern gewöhnliche Preise genommen. Es ist dies die letzte Aufführung mit der Dekoration des Maskenballs; wer daher die prächtige Ausschmückung des Saales noch nicht kennengelernt hat, sollte die ihm gebotene Gelegenheit nicht versäumen. (3267 *

Eine Zuchtvieh- und Schweineauktion veranstaltet Pomorskie Towarzystwo Hodowców Bydła (Pommerellische Herdbuch) und Pomorskie Zwiazek Hodowców Trzody Chlewnej (Schweinezuchtgesellschaft) am 10. April um 11 Uhr vormittags auf dem städtischen Schlachthofe in Grudziądz. (Näheres siehe Anzeige.) (3295 *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** ist in langsamem, aber ständigem Ansteigen begriffen. Er betrug Sonntag früh 0,62 und Montag früh 0,67 Meter über Normal. Die Wassertemperatur beträgt etwas über 2 Grad Celsius. * *

f **Konzert.** Die Deutsche Bühne Thorn veranstaltete Sonntag nachmittag im Saale des Deutschen Heims ein Unterhaltungskonzert der Orchesterabteilung. Welcher Beliebtheit sich diese bei dem Publikum erfreut, zeigte der starke Besuch, war doch kaum mehr ein Platz im Saale zu haben. Die Kapelle war durch je zwei Holz- und Blechbläser auf vierzehn Köpfe verstärkt und stellte einen Klangkörper dar, den zu hören hier nicht oft Gelegenheit ist. Das Programm bot in drei Teilen hauptsächlich Opernmusik und Walzer, darunter die Ouvertüren „Orpheus in der Unterwelt“ von Offenbach, „Entführung aus dem Serail“ von Mozart und „Rosamunde“ von Schubert, dann eine Fantasie aus Verdis „Aida“ und den ersten Satz Schuberts „Unvollendeter“ (Symphonie in H-moll), ferner zwei Werke des Walzerkönigs Johann Strauß. Ein Flöten- und zwei Saxophonsoli („Paradiesvögel“, Walzer von H. Kling, „Romanze“ von Schubert und „Kennst du das Land“ aus „Mignon“) vervollständigten es. Das Orchester entledigte sich der selbst gestellten und nicht einfachen Aufgabe mit Schwung und künstlerischem Empfinden und hatte die Genugtuung, daß das Publikum den Darbietungen fast schweigend zuhörte, um jedesmal stürmisch zu applaudieren. Zum Schluß war der Beifall so anhaltend, daß das Orchester noch fünf Zugaben geben mußte, neben drei modernen Tanzschlagern die mitreißenden „Torgauer“ und „Hohenfriedberger“ Märsche. Der Reinertrag des Konzerts war zur Bezahlung des neu angeschafften Streichbasses bestimmt, für den einige Musikliebhaber bereits namhafte Spenden gezeichnet hatten. Wir glauben im Namen aller Erschienenen zu sprechen, wenn wir an dieser Stelle der Orchesterabteilung den Dank und die Anerkennung für das Geleistete zum Ausdruck bringen mit dem Wunsche, sie recht bald wieder einmal zu hören. * *

t **Brandstatistik.** Der Pommerellischen Versicherungs-Gesellschaft in Thorn wurden im Monat Januar d. J. 52 Brände bei ihr versicherter Objekte gemeldet. Die Gesamtsumme aller Entschädigungszahlungen betrug 452 164,76 Złoty. Brandursache war in 21 Fällen Unvorsichtigkeit, in 18 Fällen verbrecherische Brandstiftung, in 6 Fällen Schornsteindefekte, in 3 Fällen Funkenflug aus dem Schornstein. In 4 Fällen konnte die Entstehungsursache nicht festgestellt werden. * *

t **Die Zahl der Arbeitslosen** in Pommerellen hat mit Beginn des März glücklicherweise einen Rückgang erfahren. Sie verringerte sich um 531 Köpfe und betrug am 1. März 20 190 Personen. Die größte Arbeitslosenzahl ist im Graudenzer Bezirk registriert. * *

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Wirtschaftsverband städt. Berufe. Mittwoch Sprechst. 7–9 Uhr Deutsches Heim. (14627 * *

---

a **Schwetz** (Świecie), 8. März. Die staatliche Oberförsterei in Dombrowa hiesigen Kreises verkauft am 13. März d. J. von 10 Uhr vormittags ab in dem Lokale von Wasikowski in Jezewo ungefähr 117 Meter Fichtenholz erster bis vierter Klasse, Birkenholz dritter und vierter Klasse aus den Förstereien Dombrowa, Kotowka, Czersk, Kwiatki, Bursztynowo und Borsukowo. Auch Brennholz aus allen Förstereien. Die Taxe auf Nutzholz ist ermäßigt, auch wird die Oberförsterei Kredit gewähren. — Der heutige Sonnabend-Wochenmarkt hatte eine reichliche Belieferung aufzuweisen, auch der Besuch war recht rege. Die Zufuhr von Butter und Eiern war sehr reichlich. Butter kostete 2,70–2,90 pro Pfund, Eier 1,90–2,00 pro Mandel. Ferner kostete: Glumse 0,40–0,50, Pflaumenmus 1,00, Backobst 1,20–1,30, Tilsiterkäse 1,50–2,20, weiße Bohnen 0,40, Kocherbsen 0,35, Weißkohl 0,20, Blaukohl 0,40, rote Rüben 0,15, Zwiebeln 0,30–0,40, Mohrrüben 0,10 bis

0,15, **Wruken** 0,15 pro Pfund. Für Äpfel wurden 0,60 bis 0,80 pro Pfund verlangt. Der Geflügelmarkt brachte Suppenhühner für 4,50—6,00 und junge Hühner zu 4,50 pro Stück, junge Tauben zu 1,80—2,00 pro Paar. Kartoffeln brachten 3,00 für den Zentner. Auf dem Fleischmarkt wurden folgende Preise notiert: Schweinefleisch 1,80 bis 2,00, Rindfleisch 1,50—1,70, Kalbfleisch 1,40—1,50 Hammelfleisch 1,30—1,50, Räucherspeck 2,60. — Der Schweinemarkt war recht reichlich beschickt. Es wurden für kleine Absatzferkel 100—110, für etwas größere 115—120 und für bessere Ware 120—130 Złoty verlangt. — Für Klobenholz wurden 18—20 Złoty pro Meter verlangt, Spaltholz zweiter Sorte wurde mit 14 Złoty pro Einspännerfuhre gehandelt.

a **Schwetz** (Świecie), 10. März. Auf dem hiesigen Standesamt registrierte man im Monat Februar folgende Anmeldungen: 11 Geburten, 7 Todesfälle und 9 Eheschließungen. — Die herrschaftliche Oberförsterei Osie hiesigen Kreises verkauft am 26. d. M. Brennholz und Nutzholz im Hotel Smeji in Osie. Beginn des Verkaufs um ½10 Uhr vormittags.

p **Tuchel** (Tuchola), 10. März. Unbekannte Diebe brachen in Bagnitz (Bagienica), Kreis Tuchel, in den Laden des Kaufmanns Emil Has ein, raubten 470 Złoty in Bargeld, 50 Zigarren, 3 Ballen Anzugstoff, 20 Meter Barchend und eine Weste. — Dem Besitzer Riedel in Byslaw (Kreis Tuchel) wurden 1½ Zentner Weizen vom Scheunenflur gestohlen. Der Polizei gelang es aber sofort, den Dieb ausfindig zu machen. — Eine Diebesgesellschaft, die mehrfach durch ihre nächtlichen Besuche die Einwohnerschaft des Kreises Tuchel „beglückte", wurde endlich dank der eifrigen Bemühungen seitens der hiesigen Polizeibehörden hinter Schloß und Riegel gesetzt. Es handelt sich um die Arbeiter Franz Połom aus Pogutki-Most, Kreis Tuchel, Michael Bonderew aus Zalesie, Kreis Konitz, und Heinrich Traczyk aus Alt-Polaschken, Kreis Berent. Die beiden letzteren sind wegen Diebstahls bereits vorbestraft.

u **Aus dem Kreise Strasburg** (Brodnica), 10. März. Diebe an der Arbeit. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in das Pfarrhaus Zniewo bei dem Pfarrer Czarnowski ein. Der Geistliche und seine Schwester waren verreist, so daß die Einbrecher in aller Gemütsruhe alles durchstöbern konnten. Es fielen ihnen als Beute 300 Złoty und zwei goldene Uhren in die Hände. — Größeren Erfolg hatten sie in den nächsten Tagen auf dem Nachbargut Birkeneck. Die Diebe drangen in das Schloß des Rittergutsbesitzers Höltzel ein und raubten Silbersachen. Erst am Morgen wurde der Diebstahl, durch den ein Schaden von ungefähr 10 000 Złoty verursacht wurde, bemerkt.

h **Löbau** (Lubawa), 9. März. Beim Besitzer Dakowski, hier, ist die Schweinepest amtlich festgestellt. Ferner ist die Schweinepest und -Seuche im Gehöft des Besitzers Roth in Bielice hiesigen Kreises ausgebrochen. — Die staatliche Oberförsterei Kostkowo veranstaltet am Donnerstag, 13. d. M., eine Holzversteigerung in der Gastwirtschaft Chechłowski in Rybno. Verkauft wird Nutz- und Brennholz aus den Revieren Płośnica, Slup, Kielpiny, Olszewo, Kostkowo und Janowo. Das Holz wird nur gegen sofortige Bezahlung abgegeben. — Kürzlich ist es gelungen, 25 Zentner Fische, die von Ostpreußen nach Polen über den Radomnosee geschmuggelt wurden, mit Beschlag zu belegen. Den Schmuggel führten der Fischer aus Radomno, ein ehemaliger Grenzbeamter und zwei Juden aus Warschau durch. Die geschmuggelten Fische waren für Warschau bestimmt. Die Schmuggler übergab man dem Burggericht in Löbau. — Beim Landwirt Lipowski in Rywałdzik wurde in diesen Tagen ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Diebe rissen vom Hausgiebel Bretter los und gelangten auf diese Weise auf den Boden, wo ihnen 25 Pfund Federn in die Hände fielen. Außerdem machten sie sich an die Räucherkammer heran und eigneten sich zwei Schinken und Speck an. Der Schaden beträgt etwa 450 Złoty. Die Polizei ist den Dieben auf der Spur. — Im selben Dorfe wurden nachts dem Landwirt Laskowski zwei Zentner Roggen aus der Scheune gestohlen. Als Täter konnte ein Arbeiter, der bei L. beschäftigt gewesen ist, ermittelt werden. Das Getreide wurde bei ihm noch vorgefunden.

h **Neumark** (Nowemiasto), 10. März. Die Meisterprüfung im Friseurgewerbe hat vor der Thorner Prüfungskommission Leo Pawski bestanden. — Vom Gehöft des Hotels Bona, hier, wurde ein Fahrrad gestohlen. Nach dem Fahrradmarder wird geforscht.

Schacht über seinen Rücktritt.

Der „New-York American" veröffentlicht ein Interview seines Korrespondenten Karl H. von Wiegand mit Dr. Schacht, in dem der Reichsbankpräsident erklärte:

„Ich bin zurückgetreten, weil ich mir klar darüber bin, daß ich meiner Pflicht als Reichsbankpräsident unter Zugrundelegung des Schlußprotokolls des sogenannten Neuen Plans, wie es im Haag angenommen wurde, nicht nachkommen kann. **Ich trete noch immer für den Young-Plan ein in der Form, wie er in Paris beschlossen worden ist, aber was man im Haag beschlossen hat, ist nicht der Young-Plan.**

Ich habe den Young-Plan in Paris mitunterzeichnet, trotzdem ich dort erklärt habe, daß Deutschland nicht in der Lage sein würde, ihn zu erfüllen. Dabei habe ich aber die freiwillige Mitarbeit Deutschlands unter Gleichberechtigung mit den anderen Staaten vorausgesetzt.

Im Haag dagegen ist Deutschland zu einem Staat zweiten Ranges degradiert worden. Politischer Druck und die Drohung mit militärischen Sanktionen wurden uns auferlegt. Die Freiheit der Zusammenarbeit, welche die moralische Grundlage des ursprünglich vereinbarten Planes bildet, wurde ihm im Haag entzogen. Ich kann und will unter den Deutschland auferlegten Bedingungen nicht die Mitarbeit leisten, die man von dem Reichsbankpräsidenten erwartet."

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich zu dem Berliner Korrespondenten des Amsterdamer „Telegraaf" über die Gründe seiner Demission und seine weiteren Absichten geäußert. Er verneinte die Frage, ob er in die Politik gehen wolle, und fügte hinzu, er sei kein Politiker und sei gegen seinen Willen mit der Politik in Berührung gekommen. Alle politischen Parteien hätten ihn gedrängt, im vorigen Jahre nach Paris zu gehen. Er bedauere, es getan zu haben. Er sei jedoch auch heute noch davon überzeugt, daß der Pariser Entwurf des Reparationsplans ein brauchbares Instrument gewesen wäre. Eine weitere Frage, ob die Schwierigkeiten, mit denen Deutschland im Augenblick zu kämpfen habe, schon der Anfang jener Krise seien, die er voraussehe, wurde von Dr. Schacht verneint. Worunter Deutschland im Augenblick leide, das sei eine internationale Krise. Er habe übrigens das größte Zutrauen zu Deutschlands Zukunft; wohl hätten die Deutschen wenig Rohstoffe in ihrem Boden, aber sie hätten Rohstoffe in ihren Gehirnen.

Über seine Zukunftspläne äußerte Schacht, daß er etwas reisen und draußen auf dem Lande wohnen wolle. Er hoffe, noch 30 Jahre vor sich zu haben. Für ihn werde wieder Platz sein, wenn man eingesehen haben werde, daß es in der gegenwärtigen Weise nicht mehr gehe. An der Unwiderruflichkeit seines Rücktrittsentschlusses ließ Dr. Schacht keinen Zweifel.

*

Die Neuwahl des Reichsbankpräsidenten

Nach dem alten oder neuen Bankgesetz?

Der Generalrat der Reichsbank tritt am 11. März, nachmittags um 4 Uhr, zur Neuwahl des Reichsbankpräsidenten zusammen.

Man spricht in parlamentarischen und wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands kaum noch von der Möglichkeit, daß der Generalrat etwa Dr. Schacht bitten könnte, sein Amt wieder zu übernehmen. Das hält man auf Grund der Erklärungen von Dr. Schacht für ausgeschlossen. Der Generalrat wird zunächst die sehr wichtige politische Frage zu prüfen haben, nämlich, ob die Neuwahl noch im Zeichen des alten Reichsbankgesetzes stattfinden, oder ob man mit der Neuwahl bis zur Inkraftsetzung des neuen Reichsbankgesetzes warten soll. Dr. Schacht hat bereits im Zentralausschuß erklärt, daß er bereit sei, die Geschäfte noch einige Zeit zu führen, wenn man die Neuwahl bis zur Inkraftsetzung des neuen Reichsbankgesetzes verschieben wolle.

Nach dem alten Gesetz wird der Präsident vom Generalrat, der sieben ausländische und sieben inländische Mitglieder hat, in der Weise gewählt, daß eine Mehrheit von neun Stimmen vorhanden sein muß, der mindestens sechs deutsche Stimmen, die Stimmen aller deutschen Mitglieder, mit Ausnahme des Präsidenten selbst, angehören. In dem alten Gesetz ist ein Vetorecht des Reichspräsidenten vorgesehen, das aber nur aufschiebbaren Charakter hat. Nach dem neuen Bankgesetz besteht der Generalrat nur aus zehn deutschen Mitgliedern. Zur Neuwahl des Präsidenten ist eine Mehrheit von sieben Stimmen notwendig. Außerdem muß das Reichsbankdirektorium vorher gehört werden. Der Reichspräsident hat ein unbedingtes Bestätigungsrecht. Wenn man mit der Neuwahl des Präsidenten bis zur Inkraftsetzung des neuen Bankgesetzes wartet, müßte auch der Generalrat neu gebildet werden.

*

Wer wird der Erbe sein?

Ergänzend zu unseren gestrigen Mitteilungen über die Kandidaturen für das Reichsbankpräsidium sind noch folgende Namen zu nennen: Der Vizepräsident der Reichsbank Fr. Dreyse, der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg, der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, sowie das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Kastl.

Damit wäre die Zahl der in der Presse empfohlenen Anwärter — nach dem Ausscheiden des Hamburger Bankiers Dr. Melchior — auf 13 gestiegen. Unter den genannten Kandidaten steht nach wie vor der Name des früheren Reichskanzlers Dr. Luther im Vordergrund, der als Kandidat der Regierung gilt.

*

Die Dienstbezüge bei der Reichsbank.

Schacht dementiert übertriebene Gerüchte.

Berlin, 10. März. (WTB.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht machte in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank folgende Mitteilung:

Von Zeit zu Zeit gehen völlig aus der Luft gegriffene Nachrichten über die angebliche Höhe der Dienstbezüge und über Abfindungen des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums durch die Presse, die neuerdings sogar zu Anfragen im Parlament geführt haben. Es war bisher nicht üblich, Einzelheiten privater Anstellungsverträge zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu machen; das Reichsbankdirektorium hat jedoch in vertraulichen Besprechungen in den Ausschüssen des Reichsrates die genauen Ziffern aller Dienstbezüge des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums genannt und wünscht hier öffentlich zu erklären, **daß die genannten Ziffern maßlos übertrieben sind.** Entsprechend den Bestimmungen des Bankgesetzes werden die dienstlichen Bezüge für Präsident und Mitglieder des Reichsbankdirektoriums vom Generalrat der Reichsbank festgesetzt, der für sich das Vertrauen beanspruchen kann, daß er dabei nach angemessenen Maßstäben verfährt.

Abfindungen beim Ausscheiden aus dem Dienst werden weder an den Präsidenten, noch an die Mitglieder gezahlt. Für die Tätigkeit des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums bei der Golddiskontbank werden Vergütungen oder Entschädigungen irgendwelcher Art nicht gewährt.

Ghandis Kriegserklärung.

Sein Ultimatum an den Vizekönig von Indien

Der Reuterkorrespondent in Ahmedabad meldet den **Wortlaut des Ultimatums**, das **Ghandi an den Vizekönig von Indien** gerichtet hat. Der Vizekönig wird in dem Schreiben mit „Lieber Freund" angeredet.

Ghandi gibt darin dem Wunsche Ausdruck, vor dem entscheidenden Schritt, den er jetzt tun müsse, noch einmal beim Vizekönig anzufragen, ob er einen Ausweg aus der Situation wisse, deren Eintreten der Verfasser des Briefes, wie er sagt, seit Jahren gefürchtet hat. Daß Ghandi die Herrschaft der Engländer in Indien für einen Fluch halte, sei bekannt, er gebe aber die Versicherung, daß die einzuleitende Aktion das Leben, wie die berechtigten Interessen englischer Staatsangehöriger in Indien unangetastet lassen werde.

Der Vizekönig habe Indien den Dominionsstatus in Aussicht gestellt. Dann brauche es aber auch niemanden zu erschrecken, wenn man in Indien Resolutionen faßte, die **für die Unabhängigkeit Indiens** eintreten. Denn, wenn der Begriff „Dominionsstatus" im Munde des Vizekönigs dasselbe bedeute, wie sonst im Sprachgebrauch, so laufe es auf so gut wie völlige Unabhängigkeit hinaus. Allerdings habe es sich immer deutlicher gezeigt, daß England in Wirklichkeit keine Politik betreiben werde, die der Ausbeutung Indiens ein Ende zu machen geeignet sei.

Da gleichzeitig unter den Anhängern der indischen Unabhängigkeit die Partei immer größeren Einfluß gewinne, die für die gewaltsame Losreißung eintrete, halte es Ghandi für seine Pflicht, seine abwartende Haltung aufzugeben. Seine Aktion, deren herrschende Idee der Verzicht auf alle Anwendung von Gewalt sei, werde in Gestalt der Verweigerung der staatsbürgerlichen Pflichten zur Durchführung kommen. Vom Kreise seiner engeren Mitarbeiter ausgehend, werde sich diese Resistenz auf alle Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung ausbreiten.

Sie richte sich zunächst gegen die Salzsteuer, die eine schwere und ungerechte Belastung der armen Volksschichten darstelle, und niemals hätte Gesetz werden dürfen. Falls der Vizekönig nicht doch noch einen Ausweg finden sollte, werde Ghandi am 11. März aus seinem Seminar hinausziehen, um seinen Feldzug zu beginnen. Er stelle es dem Vizekönig anheim, seine Pläne zu durchkreuzen, indem er ihn festnehmen lasse. Er hoffe aber, daß sich Zehntausende finden würden, um dann an seine Stelle zu treten.

*

England zeigt die kalte Schulter.

Lord Irwins Antwort an Ghandi.

Der Vizekönig von Indien, Lord Irwin, hat bereits in recht knapper Form auf das Memorandum Ghandis seine Antwort erteilt. Er drückt lediglich die Verwunderung aus, daß er habe feststellen müssen, daß Ghandi eine Politik einzuschlagen gedenke, die eine grobe Verletzung des Rechtes und eine große Gefahr für die Ruhe im Lande bedeute.

Bedrohliche Lage in Indien.

London, 10. März. Das Ultimatum des geistigen Führers der Freiheitsbewegung der Hindu, Ghandi, und die Antwort des Vizekönigs haben **die politische Lage in Indien bedeutend verschärft.** Entsprechend dem angekündigten Beginn der antienglischen Aktion hat Ghandi dem Hauptquartier in Ahmedabad den Befehl erteilt, daß die Freiwilligen-Abteilungen von dort nach Jampur ausmarschieren sollen. Das Hauptquartier steht unter den Befehlen der **Engländerin Madeleine Slade**, der Tochter eines englischen Admirals, **die ihr ganzes Vermögen für die Freiheitsbewegung der Hindu geopfert hatte.** Im Zusammenhange mit der Verhaftung des Bruders von Ghandi, Patel in Ahmedabad, ist ein **Generalstreik** ausgebrochen.

In einer Versammlung hielt Ghandi eine Rede, worauf eine Entschließung angenommen wurde, in der es u. a. heißt: **Entweder erlangen wir die vollkommene Unabhängigkeit oder aber wir gehen ins Gefängnis** wie Patel. Die Resolution stellt fest, daß Indien die Unabhängigkeit mit Hilfe von friedlichen Mitteln erlangen kann. Der Rat der indischen Fürsten, der Vasallen Großbritanniens, faßte einen Beschluß gegen eine englische Intervention in inneren Fragen der autonomen Staaten. Der Vizekönig erklärte, daß die englischen Behörden die autonomen Regierungen kontrollieren müßten, um Mißbräuchen der örtlichen Behörden vorzubeugen.

Christenverfolgung in China.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, steht die Annahme fest, daß die in der Provinz Kiangsi von chinesischen Räubern verschleppten drei finnischen Missionsschwestern nicht mehr am Leben sind. Eine von ihnen ist infolge von schweren Mißhandlungen am 15. Februar gestorben, während die anderen später ermordet wurden. Diese Nachrichten haben in ausländischen Kreisen Chinas große Entrüstung hervorgerufen, besonders, da erst kürzlich mehrere katholische Geistliche gleichfalls ermordet worden sind. Man hofft, daß die diplomatischen Vertreter Pekings weitere Verhandlungen über die Exterritorialitätsrechte ablehnen, wenn die chinesische Regierung keine bindenden Zusicherungen für den Schutz der Ausländer in China abgibt. Die Zustände in der Provinz Kiangsi werden übereinstimmend als fürchterlich bezeichnet.

Ein Überfall auf Prinz Wilhelm vor Gericht.

Prinz Wilhelm von Preußen, der älteste Sohn des Kronprinzen, studiert in Königsberg. Am 14. Oktober v. J. wurde er in der Gegend des Walter Simon-Platzes von dem Arbeiter Gustav Wunder angerempelt und mit der Faust geschlagen. Der Arbeiter stand dieser Tage wegen dieses Überfalles vor dem Schöffengericht in Königsberg, Prinz Wilhelm war als Nebenkläger zugelassen. Der Prinz befand sich mit zwei Kommilitonen, Graf Eulenburg und Graf Lehndorff, auf dem Wege von der Stadt zu den Hufen, als ihm drei etwas angeheiterte Arbeiter entgegenkamen. Prinz Wilhelm trug auf dem Rockaufschlag ein Stahlhelmabzeichen, was den Arbeiter Wunder veranlaßte, dem Prinzen einen Faustschlag ins Gesicht zu versetzen. Der Prinz wehrte sich, bis Passanten hinzukamen und die Streitenden trennten. Nach einer Weile kam Wunder noch einmal zurück, um einen zweiten Angriff auf Prinz Wilhelm auszuführen. Ein Polizeibeamter griff ein und brachte Wunder und die drei Studenten zur Feststellung ihrer Personalien zur Wache. Wunder behauptet, einem Passanten ausgewichen und dabei gegen den Prinzen getaumelt zu sein, der darauf den ersten Schlag geführt hätte. Die Zeugen aber sagten aus, daß Wunder einen regelrechten Überfall ausgeführt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wunder, der überhaupt zu solchen Rohheitsdelikten neigt und schon deshalb vorbestraft sei, sechs Wochen Gefängnis. Wunder erklärte, er habe alles nur getan, weil er so aufgeregt sei, er sei immer so leicht erregt. Das Urteil lautete wegen Körperverletzung in zwei Fällen auf sechs Wochen Gefängnis.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Institut für Konjunkturforschung über Exportmöglichkeiten.

Das vor kurzem erschienene Februarheft des polnischen Instituts für Konjunkturforschung gibt folgendes Bild über die Exportmöglichkeiten für Metall- und Hüttenerzeugnisse:

a) Eisen. Die Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen hat im Januar 1930 gegenüber Dezember 1929 eine bedeutende Steigerung erfahren und erreichte ein Niveau von 400 Prozent im Vergleich zu Januar 1929. Diese Exportsteigerung ist nicht ohne Einfluß auf die Entspannung in der Hüttenindustrie geblieben, jedoch kann von einer wesentlichen Besserung infolge des starken Rückganges des Inlandsabsatzes keine Rede sein. Die Ausfuhr ist in erster Linie nach dem russischen Markt gerichtet; in kleineren Mengen nach Jugoslawien und Rumänien. Die Ausfuhr nach diesen Ländern erreichte eine Höhe von 80 Prozent der Gesamtausfuhr an Walzwerkerzeugnissen. Dagegen ist die Ausfuhr nach Deutschland wesentlich gesunken, und zwar von 69 308 To. im Jahre 1927, auf 33 800 To. im Jahre 1929, d. i. auf 51 Prozent. Vor kurzem hat die polnische Hüttenindustrie neue Aufträge von der jugoslawischen Eisenbahnverwaltung, sowie weitere Aufträge von seiten Sowjetrußlands erhalten. Bei dieser Lage der Dinge behalten diese beiden Märkte auch weiterhin ihre Bedeutung für die polnische Hüttenindustrie.

Die polnische Eisenhüttenindustrie befindet sich gegenwärtig im Vergleich zu der Hüttenindustrie in den anderen europäischen Ländern in einer etwas besseren Lage. Die Preisentwicklung weist eine rückläufige Tendenz auf, so z. B. betrugen die Preise für Stabeisen im September, Oktober, November und Dezember 89,3, 84,5, 84,8, 86,3 Prozent der Vorjahrspreise und im Januar 1930 betrug das Verhältnis 84,9 Prozent gegenüber Januar 1929. Falls die rückläufige Preisentwicklung auf den ausländischen Märkter sich weiter behaupten sollte, würde sich das natürlicherweise auf die Gestaltung der polnischen Ausfuhr ungünstig auswirken.

b) Zink. Die Aufhäufung der Zinkvorräte Ende 1929 auf dem Weltmarkte übte einen ungünstigen Einfluß auf die Preisgestaltung aus. Die Zinkpreise sind von $26\frac{1}{4}$ Pfund Sterling im Januar und $20\frac{1}{8}$ Pfund Sterling im Dezember 1929 auf $19\frac{5}{8}$ Pfund Sterling im Januar d. J. gefallen. Unter den obwaltenden Umständen kann eine Erhöhung der Preise nur durch Produktionsbegrenzung erzielt werden. Diese Momente haben es bewirkt, daß die Januarausfuhr von Zink sich um 27 Prozent und von Zinkblech sich um 4,3 Prozent im Vergleich mit Dezember 1929 verringert hat.

Die Schweineausfuhr Polens.

Beschlüsse des „Bacon"verbandes.

In den Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen spielte die Frage des polnischen Schweineexportes nach Deutschland eine wesentliche Rolle. Schließlich ist aber doch eine den polnischen Wünschen weit entgegenkommende Lösung gefunden worden, über die wir bereits an anderer Stelle unterrichtet haben. Deutschland wird damit der bedeutendste Absatzmarkt für polnische Schweine.

Seit dem Beginn des deutsch-polnischen Zollkriegs war die Polnische Regierung bemüht, neue Absatzmärkte für die überschüssigen Schweine als Ersatz für die verlorenen deutschen Märkte zu finden. Durch die von der Regierung konsequent angewandte protektonistische Politik, insbesondere tarif- und zollpolitische Hilfsmaßnahmen, umfangreiche finanzielle Unterstützungen und Steuererleichterungen gelang es der polnischen Landwirtschaft, sich die österreichischen, tschechoslowakischen und englischen Märkte, insbesondere für die Schweineausfuhr, zu eröffnen. Die Gesamtschweineausfuhr stieg vom Jahre 1926 bis 1929 von 942 975 auf 1 701 910 Stück. Der Wert dieesr Ausfuhr wuchs vom Jahre 1926 bis 1929 von 116 Mill. Złoty auf 261 Mill. Złoty an. Während nach der Tschechoslowakei lebende Schweine geliefert wurden (41 Prozent der Gesamtausfuhr) bestand die Ausfuhr nach Österreich (35 Prozent der Ausfuhr), und England (24 Prozent der Ausfuhr) in Schweinefleisch.

Die von Jahr zu Jahr rasch ansteigende Ausfuhrkurve polnischer Schweine nach Österreich verursachte ein Überangebot und führte bald zu einem Dumping. Die österreichischen Märkte wurden buchstäblich von Schweinen überflutet. Die Bestrebungen der Regierungen beider Staaten, die Preise auf tragbarer Grundlage zu stabilisieren, führten zu einer Kontingentierung der Ein- und Ausfuhr, unter Gründung eines polnischen Ausfuhr- und eines österreichischen Einfuhrsyndikats. Ferner suchte die Polnische Regierung durch die Einführung von Ausfuhrzöllen (für ganze Schweine 30 Złoty, für halbe Schweine 15 Złoty und für frisches Fleisch 100 Złoty je 100 Kg.) die Preise der ausgeführten polnischen Schweine denen der österreichischen Inlandsproduktion anzupassen.

Im übrigen wurden die sich im Laufe der Jahre einstellenden ungünstigen Begleiterscheinungen der Ausfuhr nach Österreich durch die Erfolge, die die polnischen Baconproduzenten bei der Ausfuhr nach England erzielen, kompensiert. Das Jahr 1929 stellte in der Ausfuhr der Baconprodukte ein Rekordjahr dar. Während die Ausfuhr im Jahre 1928 sich auf 7081 Dztr. bezifferte, stieg sie im Jahre 1929 auf 120 342 Dztr. Der Wert der Ausfuhr wuchs gleichzeitig von 1,9 Mill. Złoty auf 45,8 Mill. Złoty an. Die Preise gestalteten sich sehr günstig. Der Durchschnittspreis je Dztr. betrug im Jahre 1928 275 Złoty, im Jahre 1929 380 Złoty. Diese günstige Entwicklung der Baconausfuhr nach den englischen Märkten muß im wesentlichen auf die systematische protektionistische Politik der Polnischen Regierung zurückgeführt werden. Die Errichtung von Schlächtereien auf Staatskosten in verschiedenen Gegenden hat dabei eine besondere Rolle gespielt.

Der Polnische Staat ist bestrebt, in seinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit der polnischen Landwirtschaft und insbesondere mit dem im Mai 1928 ins Leben gerufenen Baconverband weiterhin konform zu bleiben. Der Baconverband, der 17 Baconfabriken umfaßt, ist in erster Linie darauf bedacht, die Produktion qualitativ zu überwachen. Die Notwendigkeit der Standardisierung ist zum Allgemeingut der polnischen Baconproduzenten geworden. Auch quantitiv wird die Baconproduktion überwacht. Jede Fabrik ist verpflichtet, 150 Baloten der Produkte wöchentlich zu liefern und erhält für diese Menge die Ausfuhrzölle in der Höhe von 50 Prozent mit 7,50 Złoty für jede 100 Kg. zurückerstattet. Auf der Tagung des polnischen Baconverbandes im Februar 1930 wurde folgendes beschlossen: a) Die Mitbeteiligung der Verbandsmitglieder an der Aufbringung des Kapitals für die zu gründende neue Exportschlächterei in Gdingen. Diese Schlächterei soll die Schweinefleischausfuhr nach Frankreich und Belgien fördern. b) Die Errichtung einer Kontrollstelle in London zwecks Überwachung der polnischen Baconausfuhr nach England. c) Die weitere Ausdehnung und Ausgestaltung der Standardisierung der Baconausfuhr. d) Die Förderung der Zucht geeigneter Schweinetypen. e) Die Teilnahme des Verbandes an der Wurstausfuhr. f) Die Errichtung von Kursen zwecks Aus- und Weiterbildung der Baconmeister unter finanzieller Unterstützung seitens des Verbandes und des polnischen Ministeriums für Agrarwirtschaft.

Der zweite Bauabschnitt in Gdingen.

$48\frac{1}{2}$ Mill. Złoty für den weiteren Ausbau.

Beim Bau von Gdingen hat man bisher immer von dem ersten Bauabschnitt gesprochen, der diesen Hafen bereits zu einem der größten Ostseehäfen gemacht hat. Soeben hat nun aber der polnische Handelsminister schon den Bauvertrag für den zweiten Bauabschnitt abgeschlossen, und zwar wurde dieser Vertrag am 15. Februar — wie berichtet — mit demselben französisch-polnischen Konsortium geschlossen, das den ersten Bauabschnitt ausführt. Allerdings ist dies französisch-polnische Konsortium weder polnisch noch französisch; gebaut wird namentlich der ganze eigentliche Hafen mit seinen Molen, Kais und Baggerarbeiten durch die dänische Tiefbaufirma Jöhgaard u. Schuetz A.-G., die in dem eigentlichen Konsortium gar nicht benannt ist. Der Bauleiter der eigentlichen Hafenarbeiten ist der dänische Ingenieur Höjgaard. Nach dem Vertrag für den zweiten Bauabschnitt soll dieser bis zum 1. April 1934 beendet sein. Die Baukosten sind auf 48 467 000 Złoty festgesetzt worden, während die Kosten des eigentlichen Hafenbaus im ersten Bauabschnitt jetzt mit 80 Mill. Złoty angegeben werden. Der zweite Bauabschnitt umfaßt nach dem Vertrag folgende Arbeiten:

Erweiterung des jetzigen Hafenkanals, der in den inneren Hafen führt, durch eine Verlängerung ins Hinterland um 2000 Meter in Gestalt des sogenannten Industriekanals und Vertiefung auf 10 Meter;

Bau des zweiten inneren Hafenbeckens mit beinahe 2000 Meter Kailänge parallel zum ersten inneren Hafenbecken;

Ausbaggerung eines großen Werftbeckens am Ende des Industriegeländes, um die Ansiedlung einer großen neuen Werft zu ermöglichen;

Fertigstellung des Präsidentenbeckens, des südlichsten der Küste vorgelagerten Beckens, für das zunächst nur der Wellenbrecher gebaut wurde;

Vertiefung der Hafeneinfahrt von gegenwärtig etwa 10 Meter auf 12 Meter.

Durch diese Arbeiten werden ca. 3—4000 Meter Kailänge neu hergestellt werden. Es wird außerdem ein großes Gelände erschlossen, das für Industriezwecke benutzt werden kann. Besonders interessant ist die Bereitstellung eines Werftbeckens. Bisher haben verschiedene Verhandlungen mit französischen Gruppen nicht zur Errichtung einer großen Werft in Gdingen geführt, weshalb die Danziger Werft vor kurzem eine Reparaturwerft in Gdingen eingerichtet hat. Offenbar will man aber trotz der günstigen Lage der Schiffbauindustrie auch weiter bemüht sein, eine große Werft nach Gdingen heranzuziehen.

Danzigs Seeverkehr im Februar 1930. Der Danziger Seeverkehr war im Februar schon erheblich kleiner als im Januar, aber doch immerhin im Verhältnis zum Vorjahr sehr lebhaft, da keine Störung der Ostseeschiffahrt durch Eis bestand. Gegen den Februar 1928 ergibt sich allerdings kein Fortschritt, bei den mit Ladung eingekommenen Schiffen sogar ein Rückgang. Die Einfuhr war in der letzten Zeit ganz besonders schwach, weil sich sehr deutlich die Abwanderung der Einfuhr von Schrott, Erzen und Düngemitteln bemerkbar macht. Eingekommen sind im Februar diesmal 385 Schiffe mit 277 300 To. Nettoraumgehalt, davon nur 150 mit 102 200 To. mit Ladung. Fast zwei Drittel der Tonnage kam also ohne Ladung. Die gesamte Einfuhrmenge dürfte kaum mehr als 60 000 To. betragen haben. Ausgelaufen sind 387 Schiffe mit 278 096 To., fast sämtlich ohne Ladung. Die Holzausfuhr war mit ca. 40 000 To. verhältnismäßig lebhaft, auch die Getreideausfuhr blieb weiter sehr groß. Die Kohlenausfuhr zeigt jedoch, ebenso wie die in Gdingen, einen starken Rückgang gegen den Januar. Sie betrug nur wenig über 400 000 To., gegen 551 000 To. im Januar. Der Personenverkehr umfaßte einkommend nur 157 Fahrgäste, während 1875 Fahrgäste abfuhren.

Die Exportkreditversicherung. Die Frage der polnischen Exportkreditversicherung hat nun ihren endgültigen Abschluß gefunden. Der Finanzminister hat dem Sejm einen Antrag auf Bereitstellung von 60 Mill. Złoty vorgelegt; es kann mit Bestimmtheit auf eine positive Erledigung gerechnet werden. Über die Form der Exportkreditversicherung läßt sich zurzeit nichts sagen, da Näheres darüber noch nicht veröffentlicht wurde.

Polnische Anleiheverhandlungen. Polnischen Blättermeldungen zufolge schweben zwischen der Polnischen Regierung und dem schwedischen Zündholztrust zurzeit Verhandlungen über eine Umgestaltung des Monopolvertrages. Dabei wird auch die Gewährung einer Anleihe von 25 Millionen Dollar erwogen, die aber zum Teil zur Konvertierung einer früheren 6-Millionen-Dollaranleihe verwandt werden soll. Der Schwedentrust verlangt dafür eine Vertragsverlängerung über das Jahr 1945 hinaus.

Der Ausbau des Gdingener Hafens. Der Vertrag mit dem polnisch-französischen Konsortium über den Ausbau des Gdingener Hafens (und zwar des zweiten Teils) erfordert ein Investitionskapital von 48 466 861,15 Złoty. Zum Konsortium gehören: Société de Construction de Batignoles in Paris, Schneider u. Co. in Paris, Société Anonym Hersent in Paris, Ackermanns u. van Haaren in Antwerpen, Hoydard u. Schultz in Kopenhagen, Polnische Industriebank in Warschau und Dipl.-Ing. Rummel in Warschau. Der neue Vertrag lehnt sich eng an die Bedingungen des alten Vertrages an. Das Konsortium hat sich verpflichtet, ausschließlich Baumaterial polnischer Herkunft zu verwenden.

Vermehrte Fahrradproduktion Polens. Polnischen Blättermeldungen zufolge hat die Staatliche Munitionsfabrik in Radom ihren Betrieb auf die Erzeugung von Fahrrädern umgestellt. Die vorläufige Produktion soll 40 000 Stück betragen, mit der Maßgabe, daß dieselbe alljährlich erhöht wird. Vorläufig kommen drei Produktionstypen in Frage, und zwar touristische Fahrräder Nr. 1, touristische Fahrräder Nr. 2, und Luxusfahrräder. Die Erzeugnisse werden unter der Bezeichnung „Łucznik" in den Handel gebracht werden. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die deutsche Fahrradindustrie, die bekanntlich fast den gesamten polnischen Bedarf befriedigt, von der Eröffnung dieser neuen Fabrikation in erster Linie berührt wird. Allerdings muß abgewartet werden, zu welchen Preisen und in welcher Qualität die polnischen Erzeugnisse auf dem Markte erscheinen werden.

Die Regelung der Schrotteinfuhr nach Polen. Von kompetenter Seite wird gemeldet, daß die Schrottausfuhr von Deutschland nach Polen Gegenstand einer speziellen Abhandlung im deutsch-polnischen Handelsvertrage sein soll. Danach ist auf dem Gebiete der Schrottausfuhr der freie Handel nicht zugelassen, vielmehr wird Deutschland an Polen ein bestimmtes Ausfuhrkontingent gewähren. Die Höhe dieses Kontingents ist noch nicht bekannt.

Bedeutender Rückgang der polnischen Regierungsaufträge. Der „Gazeta Polska" zufolge sind die Aufträge für die Eisenindustrie von seiten der Regierung und den Kommunalverbänden von 5 000 To. im Dezember 1929 auf 477 To. im Januar 1930 gefallen. Als Ursache wird angegeben, daß der Hauptauftraggeber, nämlich die polnische Staatseisenbahn, Preise offeriert, die von der Eisenindustrie nicht angenommen werden können

Das Schicksal ausländischer Unternehmen in Polen. Nach dem Krach mit der „Century Timber Korporation" ist es jetzt zur Liquidation der amerikanischen Firma Ulen and Co. in Polen gekommen. Die amerikanische Firma war vertragsmäßig verpflichtet, die Kanalisation in den Städten Czenstochau, Petrikau, Radom und Lublin auszubauen. Schon seit längerer Zeit konnte man starke Differenzen zwischen der amerikanischen Firma und den beteiligten Städten feststellen. Jetzt heißt es, daß die Firma in Liquidation getreten ist.

Traurige Zeichen der Wirtschaftsnot. Im Geschäftsbereich der Posener Industrie- und Handelskammer sind zwischen dem 26. Januar und 25. Februar 7 neue Geschäftsaufsichten ausgesprochen worden. In demselben Zeitraume sind 10 Firmen in Konkurs geraten. — Das Wilnaer Gebiet macht gegenwärtig eine besonders schwere Wirtschaftskrise durch; das Ausmaß dieser Krise ist größer, als man anzunehmen geneigt wäre. Allein in diesem Jahre sind 434 Firmen liquidiert worden.

Zahlungsaufschub.

„Wielkopolska Papiernia", A.G., in Bromberg. Der Termin zur Beratung über den Antrag der Firma auf Zahlungsaufschub wird auf den 27. März, 11 Uhr vormittags, im Kreisgericht, Zimmer 13 anberaumt. Alle Gläubiger werden gebeten, zu erscheinen, um dem Gericht Aufklärungen zu geben.

Adolf und August Foerster, Lisewo, Kreis Briesen, haben Zahlungsaufschub beantragt. Verhandlungstermin ist in dieser Angelegenheit auf den 1. April d. J., 10 Uhr vormittags, im Kreisgericht Golub, Zimmer 2, anberaumt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 11. März auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 10. März. Danzig: Ueberweisung 57,61 bis 57,75, bar 57,63—57,78, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,975—47,175, Posen 46,975—47,175, Kattowitz 46,975—47,175, bar gr. 46.825—47,225, Zürich: Ueberweisung 58,05, London: Ueberweisung —,—, Newyork: Ueberweisung 11,25, Prag: Ueberweisung 378,00, Mailand: Ueberweisung 214,00.

Warschauer Börse vom 10. März. Umsätze, Verkauf — Kauf Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,45, 173,88 — 173,02, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,00, 358,90 — 357,10 Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,38, 43,49 — 43,27, Newyork 8,906, 8,926 — 8,886, Oslo —, Paris 34,92, 35,01 — 34,83, Prag 26,43, 26,49 — 26,37, Riga —, Stockholm 239,50, 240,10 — 238,90, Schweiz 172,64, 173,07 — 172,21 Wien —, Italien 46,75, 46,87 — 46,63.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 10. März. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London $25{,}00\frac{3}{4}$ Gd., $25{,}01\frac{3}{4}$ Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin 122,347, Gd., 122,653 Br., Warschau 57,60 Gd., 57,75 Br. Noten: London —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br. Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —,— Gd., —,— Br., Oslo —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,63 Gd., 57,78 Br.

Berliner Devisenkurse.

Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 10. März Geld	Brief	In Reichsmark 8. März Geld	Brief
4.5 %	1 Amerika	4.1945	4.2025	4.189	4.197
5 %	1 England	20.395	20.435	20.36	20.40
4 %	100 Holland	168.25	163.59	167.94	168.28
—	1 Argentinien	1.573	1.577	1.57	1.574
5 %	100 Norwegen	112.20	112.42	112.05	112.28
5 %	100 Dänemark	112.29	112.51	112.12	112.34
—	100 Island	92.11	92.29	92.01	92.19
4.5 %	100 Schweden	112.60	112.82	112.39	112.61
3.5 %	100 Belgien	58.43	58.55	58.33	58.45
7 %	100 Italien	21.97	22.01	21.94	21.98
3 %	100 Frankreich	16.415	16.455	16.39	16.43
3.5 %	100 Schweiz	81.185	81.345	81.02	81.18
5.5 %	100 Spanien	52.15	52.25	51.20	51.30
—	1 Brasilien	0.488	0.49	0.433	0.432
5.48 %	1 Japan	2.067	2.071	2.067	2.071
—	1 Kanada	4.178	4.186	4.171	4.179
—	1 Uruguay	3.716	3.724	3.796	3.716
5 %	100 Tschechoslowak.	12.433	12.453	12.414	12.435
7 %	100 Finnland	10.558	10.573	10.535	10.555
—	100 Estland	111.64	111.86	111.52	111.74
—	100 Lettland	80.84	81.00	80.74	80.90
8 %	100 Portugal	18.84	18.88	18.82	18.86
10 %	100 Bulgarien	3.039	3.043	3.035	3.041
6 %	100 Jugoslawien	7.403	7.417	7.391	7.405
7 %	100 Oesterreich	59.09	59.21	58.98	59.10
7.5 %	100 Ungarn	73.31	73.45	73.19	73.33
6 %	100 Danzig	81.54	81,70	81.38	81.54
—	1 Türkei	—	—	1.784	1.788
9 %	100 Griechenland	5.455	5.465	5.435	5.445
—	1 Kairo	20.915	20.955	20.875	20.915
9 %	100 Rumänien	2.497	2.501	2.498	2.492
—	Warschau	46.975	47.175	46.90	47.10

Züricher Börse vom 10. März. (Amtlich.) Warschau 58,05 Newyork 5,1685, London $25{,}13\frac{1}{8}$, Paris 20,23, Wien 72,80, Prag $15{,}31\frac{1}{2}$, Italien $27{,}07\frac{1}{4}$, Belgien 72,00, Budapest 90,35, Helsingfors 13,00, Sofia 3,75, Holland 207,30, Oslo $138{,}17\frac{1}{2}$, Kopenhagen 138,35, Stockholm 138,75, Spanien 62,90, Buenos Aires 1,94, Tokio 2,55, Bukarest 3,07, Athen 6,71, Berlin 123,24, Belgrad $9{,}12\frac{1}{2}$, Konstantinopel 2,24. Privatdiskont $3\frac{5}{8}$ pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,87 Zł., do. kl. Scheine 8,86 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,22 Zł., 100 Schweizer Franken 171,96 Zł., 100 franz. Franken 34,78 Zł., 100 deutsche Mark 211,45 Zł., 100 Danziger Gulden 172,77 Zł., tschech. Krone 26,33 Zł., österr. Schilling 125,13 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 10. März. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 52,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 93,75 G. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Posener Landschaft (100 Zł.) 39,50 G. Notierungen je Stück: 5proz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 74,00 G. Tendenz behauptet. — Industrieaktien: Bank Polski 163,50 G. Dr. Roman May 63,00 G. Unia 70,00 G. Tendenz behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 10. März. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. franko Station Warschau; Marktpreise: Roggen 16—17, Weizen 34—35, Einheitshafer 16,50—17,50, Grützgerste 18—19, Braugerste 22—24, Speise-Felderbsen 27—29, Luxus-Weizenmehl 67—70, Weizenmehl 4/0 57—60, Rogenmehl nach Vorschrift 33—34, grobe Weizenkleie 15—16, mittlere 12,50—13,50, Roggenkleie 9—9,50, Leinkuchen 32—33, Rapskuchen 24—25. Tendenz ruhig, Umsätze mittel.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. März. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen	32.00—33.00	Peluschken	23.00—25.00
Roggen	16.25—16.75	Felderbsen	26.00—29.00
Mahlgerste	18.50—19.00	Viktoriaerbsen	28.00 - 33.00
Braugerste	21.00—23.00	Folgererbsen	26.00—29.00
Hafer	15.50—16.50	Seradella	17.00—21.00
Roggenmehl (65%)	—.—	Blaue Lupinen	20.00—22.00
Roggenmehl (70%)	29.00	Gelbe Lupinen	23.00—25.00
Weizenmehl (65%)	50.50—54.50	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	14.00—15.00	Roggenstroh, gepr.	—.—
Roggenkleie	11.00—12.00	Heu, lose	—.—
Sommerwicke	25.00—27.00	Heu, gepr.	—.—

Gesamttendenz: ruhig.

Anmerkung: Die Lage auf dem Roggenmarkt im allgemeinen unverändert. Bei einigen Exportgeschäften wurde ein Roggenpreis über Notiz gezahlt.

Berliner Produktenbericht vom 10. März. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk. 76—77 Kg., 232,00—235,00, Roggen märk., 72 Kg., 141,00—145,00, Braugerste 160,00—170,00, Futter- und Industriegerste 140,00—150,00, Hafer märk. 120,00—130,00, Mais 157.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 27,00—34,25, Roggenmehl 20,25—23,50, Weizenkleie 8,00—8,50, Roggenkleie 7,25—7,75, Viktoriaerbsen 20,00 bis 25,00, Kl. Speiseerbsen 18,00—20,00, Futtererbsen 16,00—17,00, Peluschken 16,00—18,00, Ackerbohnen 16,00—18,00, Wicken 18,00—23,00, Lupinen, blaue 12,50—14,00, Lupinen, gelbe 16,00—17,50, Serradella 25,00 - 29,50, Rapskuchen 13,25—14,25, Leinkuchen 17,00—18,00, Trockenschnitzel 6,50—6,70, Soya-Extraktionsschrot 13,00—14,50, Kartoffelflocken 11,50—12,00.

Die Berliner Produktenbörse verkehrte bei geringer Geschäftstätigkeit in flauer Stimmung.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 10. März. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg Bremen oder Rotterdam 170,50, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99 %) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 %) 194, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 57,00—60,00, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 56,75—58,75. Gold im Freiverkehr —.— Platin —.—.

Metalle. Warschau, 10. März. Es werden folgende Preise für 1 Kg. notiert: Banka-Zinn in Blöcken 10, Hüttenblei 1,25, Zink 1,30, Antimon 2,05, Hüttenaluminium 4, Kupferblech 4,80—5,20 Messingblech 4—4,80.

Kleine Rundschau.

* **Lichtreklame an Berliner Kirchen.** Unter dieser Überschrift berichtet die „Deutsche Tageszeitung": „Unser amerikanisiertes Jahrhundert fordert Reklame und wieder Reklame. Kein Wunder, daß auch die Kirchen dem Werbezug der Zeit Folge leisten. Den Auftakt machte die Himmelfahrtskirche am Humboldshain. Allabendlich ergießt sich ein Lichtmeer über das Haus. Vorübergehende verweilen. Zwischen den beiden Haupteingängen der Kirche ist ein Transparent angebracht. Ein Bibeltext, weithin sichtbar, der alle vierzehn Minuten ausgewechselt wird, redet zu den Menschen. So wirbt man in dieser bevölkerten Gegend in einer Zeit mit gelockerter Moral, um die abtrünnige Masse der Kirche zurückzuführen." — Der Erfolg ist gut. Der Kirchenbesuch hat seit Anbringung dieser Reklame erstaunlich zugenommen. Andere Kirchen folgten bereits dieser Idee, u. a. die Melanchthon-Kirche in Neukölln.

Calonder entscheidet

über den oberschlesischen Theaterstreit.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, teilt nunmehr den genauen Inhalt der Entscheidung im oberschlesischen Theaterstreit mit. In den Stellungnahmen ist der Rechtsspruch sowohl der polnischen wie auch der deutschen Minderheit anerkannt, Theatervorstellungen zu veranstalten und zu diesem Zwecke eine Überlassung der öffentlichen Theatergebäude zu beanspruchen. In **Polnisch-Oberschlesien,** wo nur in Kattowitz ein öffentliches Theater besteht, soll dieses entsprechend dem status quo an neun bzw. zehn Tagen im Monat, sowie am Oster-, Pfingst- und Weihnachtstag der deutschen Minderheit zur Verfügung gestellt werden. In **Deutsch-Oberschlesien** soll, der polnischen Minderheit entsprechend, ihrem Rechtsbegehren Gelegenheit gegeben werden, in Beuthen drei bis vier, in Gleiwitz zwei bis drei, in Hindenburg drei bis vier, und in Ratibor und Oppeln eine Vorstellung je Monat zu veranstalten.

In finanzieller Hinsicht erklärt die Stellungnahme, daß die Überlassung der Theatergebäude an die Mehrheit und an die Minderheit zu denselben Bedingungen erfolgen muß. Gemäß den bestehenden Vorschriften haben sich die zuständigen Behörden innerhalb 20 Tagen darüber auszusprechen, welchen Standpunkt sie gegenüber der Stellungnahme des Präsidenten der gemischten Kommission einnehmen.

Die Pensionen der Minister.

Warschau, 10. März. Das Präsidium des Ministerrats hat ein Projekt von Bestimmungen über die **Pensionsversorgung des Ministerpräsidenten und der Minister** ausgearbeitet. Bis jetzt war diese Frage nicht gesetzlich geregelt und den zurückgetretenen Mitgliedern des Kabinetts zahlte man gewöhnlich dreimonatliche Bezüge. Das Projekt sieht vor, daß dem Ministerpräsidenten oder Minister, der bis zu sechs Monaten im Amt war, eine Pension in Höhe der Bezüge für drei Monate zusteht. Sind sie bis zu 12 Monaten im Amt, so erhalten sie die Bezüge für sechs Monate und bei einer Amtstätigkeit von 24 Monaten die Bezüge für neun Monate usw.

Der Gesetzentwurf über die Pension des Ministerpräsidenten und der Minister befindet sich bereits in der Sejmkanzlei und wird in einer der nächsten Sejmsitzungen behandelt werden.

Gericht über Skladkowski?

Warschau, 10. März. (Eigene Meldung.) In Sejmkreisen verlautet, daß die Parteien des Zentrums und der Linken die Absicht haben, bald einen Antrag einzubringen, in dem verlangt werden soll, daß der **zurückgetretene Innenminister General Skladkowski wegen widerrechtlicher Verausgabung von 8 Millionen Złoty für die Wahlen im Jahre 1928 vor dem Staatsgerichtshofe zur Verantwortung gezogen werde.**

Kleine Rundschau.

* **Die Byrd-Expedition in Neuseeland.** Newyork, 10. März. (Eigene Drahtmeldung.) Sechs Mitglieder der Byrd-Expedition trafen nach ziemlich schweren Strapazen auf einem Motorboot in Neuseeland ein. Sie wurden von der Menge jubelnd begrüßt.

sowie der Handwerkskammern als Organe der Wirtschaftsselbstverwaltung hat zur Folge, daß die Zweckmäßigkeit der Arbeit der Vertreter des Handels und des Handwerks in diesen Institutionen zweifelhaft geworden ist. **Die Nichtberücksichtigung der elementarsten und notwendigsten Forderungen in bezug auf die Novellisierung des Gesetzes über die staatliche Gewerbesteuer bewirkt eine so weitgehende allgemeine Erbitterung der interessierten Schichten der Bevölkerung, daß die Berufsorganisationen die Lage, die sich dadurch herausgebildet hat, zu beherrschen nicht imstande sind.** Trotz der Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit, das Gleichgewicht des Staatshaushalts zu erhalten, können wir uns nicht damit einverstanden erklären, daß dieses Ziel nicht durch Sparsamkeit in den Ausgaben, sondern um den Preis des Ruins der Kaufmannschaft und des Handwerks erreicht wird, der gleichbedeutend ist mit der Ausschaltung dieser Mittelpunkte aus dem Wirtschaftsleben des Staates.

Handel und Gewerbe in Polen stehen heute am Abgrunde, und nur die unverzügliche Verringerung der Steuerleistungen kann diese Katastrophe abwenden. Die Resolution schließt mit dem Appell an die Regierung, den Sejm und den Senat, den billigen Forderungen von Handel und Gewerbe das gehörige Verständnis entgegenzubringen und im letzten Augenblick die Fehler wieder gutzumachen, die in ihren Folgen einen fatalen Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben des Landes ausüben.

*

Streik der Bromberger Kaufmannschaft.

Bromberg, 11. März.

Auf einer gestern stattgehabten Versammlung von Vertretern der gesamten Bromberger Kaufmannschaft wurde in erregten Ausführungen zu dem Verhalten der Regierung in der Frage der Umsatzsteuer Stellung genommen. Es wurden Telegramme an den Staatspräsidenten Prof. Moscicki, den Ministerpräsidenten Bartel und den Handelsminister Kwiatkowski mit der dringenden Bitte um unverzügliche Intervention zugunsten der Kaufmannschaft abgesandt.

Es wurde ferner folgende **Resolution** beschlossen:

„Die am 10. März in dem Saale der „Resurse Kupiecka" in Bromberg versammelten Umsatzsteuerzahler aller Branchen und Berufe beschlossen folgendes:

Die durch das rücksichtslose Auftreten und Nichtbeachtung der katastrophalen Lage der Wirtschaftskreise seitens der Regierung zum Äußersten getriebenen Steuerzahler haben beschlossen, zum Zeichen des Protestes alle ihre Läden in Bromberg und Umgegend am Mittwoch, 12. d. M., ab 1 Uhr mittags zu schließen sowie die Schaufenster abends nicht zu beleuchten.

Die Wirtschaftskreise des Netzebezirks."

Dazu wird uns vom

Wirtschaftsverband Städtischer Berufe

folgendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt:

Wir bitten alle Ladeninhaber, sich der von sämtlichen Wirtschaftskreisen der Stadt Bromberg gefaßten Resolution restlos anzuschließen.

Wirtschaftsverband Städtischer Berufe."

*

Proteststreik in Posen.

Im großen Saale des Handwerkerhauses fand am Sonntag um 12 Uhr mittags eine Protestversammlung der großpolnischen Kaufmannschaft gegen die Zurückziehung der angekündigten Steuererleichterungen statt. Der Verbandsvorsitzende Otmianowski folgte dem Beispiel des Vorsitzenden des Obersten Rates der Kaufmannsvereinigungen, Herse, und legte zum Zeichen des Protestes den Verbandsvorsitz nieder. Über die katastrophale Lage der Kaufmannschaft sprachen u. a. Direktor Sikorski, der frühere Abgeordnete Lewandowski, Abg. Miklaszewski und Herr Żak.

In einer Zusatzentschließung wurde beschlossen, daß am **Dienstag, dem 11. März, zum Zeichen des Protestes von 1 Uhr ab sämtliche Geschäfte geschlossen werden** sollen. An diesem Tage sollen die Geschäftsreklamen nirgends in Tätigkeit treten. An das Finanzministerium soll eine Depesche gerichtet werden mit dem Ausdruck des Bedauerns und des Mißtrauens. **Der Gesamtvorstand der Posener Handelskammer beabsichtigt, in der nächsten Sitzung geschlossen seine Mandate niederzulegen.**

Auch in Graudenz

wurde von dem Verband der Pommerellischen Kaufleute aufs energischste gegen die Steuerpolitik der Regierung protestiert und die Kaufmannschaft der ganzen Wojewodschaft zu feierlichen Protesten am Sonntag, 16. d. M., aufgerufen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. März.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit strichweisen Niederschlägen an.

Gegen die Burgstarosten.

Wie bereits früher mitgeteilt, hat der Ministerrat seinerzeit auf einen Antrag des Innenministers am 23. September 1929 eine Verfügung erlassen, nach der in den Städten Graudenz, Thorn, Bromberg, Inowrocław und Gnesen Burgstarosten eingesetzt werden. Als Tätigkeitsbereich wurde für diese Beamten in der Verfügung die Verwaltungspolizei bezeichnet. Wie in einer Interpellation der Nationalen Arbeiterpartei unterstrichen wird, steht diese Verfügung im Gegensatz zu den Verwaltungsgesetzen, die in Westpolen Gültigkeit haben. Danach ist nämlich erste Instanz in diesen Städten stets der Stadtpräsident. Trotzdem die Verfügung des Ministerrats mit der allgemeinen Gesetzgebung im Widerspruch steht, hat der Innenminister von sich aus diese Verfügung bedeutend erweitert und auch andere Verwaltungsabteilungen den Burgstarosten unterstellt, und zwar die Presseangelegenheiten, die Angelegenheiten der Ausländer, diejenigen der Grenzfragen, Paßfragen, die Festsetzung der Arbeitsstunden für Handel und Gewerbe, Konzessionsangelegenheiten, was durch den oben angeführten Ministerratsbeschluß nicht vorgesehen war. Der Sejm hat den Etat der Burgstarosten für die oben genannten Städte gestrichen. Das Innenministerium jedoch hat entgegen diesem Beschluß des Sejm die Burgstarosten eingesetzt und dadurch eine Verwirrung in der Verwaltung herbeigeführt sowie einer Mißachtung des Sejmbeschlusses Ausdruck gegeben. Die Interpellanten der oben genannten Partei richteten an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob er gewillt ist, dem gesetzwidrigen Zustand ein Ende zu machen.

§ **Der Ruder-Verband Posen-Pommerellen** veranstaltete gestern seinen ersten Waldlauf im Rahmen des Verbandes. Das leidlich gute Wetter lockte eine Reihe von Zuschauern an das Ziel, das sich an der Nord-Ost-Ecke des Wasserwerks befand. Die Läufer wurden mit einem Autobus an den Start in der Nähe von Jaschnitz geschafft. Leider stellte die Autofirma den Wagen sehr unpünktlich, so daß sowohl Zuschauer wie auch Schiedsrichter und Starter auf eine harte Probe gestellt wurden und fast eine Stunde warten mußten. 21 Mann waren zum Start angetreten, davon 15 für den Hauptlauf, der Rest für den Jugendlauf. Der Männerturnverein Bromberg unterstützte die Veranstaltung durch Stellung von Startern und Zielrichtern. Der Posener Ruderverein Germania konnte mit seinen ausgezeichneten Läufern über die etwa 5 Kilometer lange Strecke die zwei ersten Plätze im Einzellauf (E. Kulus 18 Min. 13 Sek., H.-W. Hahn, 18 Min. 17 Sek.) und den ersten Platz im Mannschaftslauf (E. Kulus, H.-W. Hahn, W. Nitz) belegen. Dritter im Einzellauf wurde Ruder-Club Frithjof (W. Strauß, 19 Min. 10 Sek.) und zweiter im Mannschaftslauf (W. Strauß, K. Hallmich, E. Wilke). Dritter im Mannschaftslauf wurde wieder der P. R. V. Germania-Posen mit seiner zweiten Mannschaft. Den Jugendlauf gewann der R. C. Frithjof (E. Reich) und den Jugend-Mannschaftslauf die Frithjof-Mannschaft (E. Reich, R. Wagner, E. Radtke).

§ **Der Wojewodschaftslandtag** tritt heute, Dienstag, vormittags 11 Uhr im Gebäude der Landeshauptmannschaft in Posen zusammen.

§ **Holzverkäufe.** Die Oberförsterei Bromberg veranstaltet am 15. März, vormittags 9.30 Uhr im Lokal der Concordiasäle (Resursa Kupiecka), Wilhelmstraße 25, eine Versteigerung von Nutz- und Brennholz. Zum Verkauf kommt Kiefernholz aus den Förstereien: Stryschek (Stryszek), Beelitz (Bielice), Rohrbruch (Trzyniec) und Müllershof (Biedaszkowo). — Die Oberförsterei Bartelsee verkauft am 17. d. M. im Lokale des Herrn Behnke in Hopfengarten (Brzoza) um 9.30 Uhr Brenn- und Nutzholz aus allen Förstereien.

§ **Der 19. März schulfrei.** Auf Grund einer Verordnung des Unterrichtsministers ist der 19. März, der Namenstag des Marschalls Josef Pilsudski, auf dem Gebiet des ganzen Staates schulfrei.

§ **Eintragung der im Jahre 1926 geborenen Pferde.** Alle Besitzer von im Jahre 1926 geborenen Pferden müssen dieselben beim Magistrat, Abteilung 4, Neue Pfarrstraße 15, Zimmer 7, in den Amtsstunden in der Zeit vom 12. bis 15. März anmelden.

§ **Neubelastung des Handwerkerstandes.** Im Ministerrat ist ein Gesetzentwurf für die Stärkung des Fonds der Handwerkskammern beschlossen worden. Danach soll eine Steuer bis zu 25 Złoty von jeder Werkstatt erhoben werden können, außerdem bis zu 12 Złoty von jedem beschäftigten Gesellen und 6 Złoty von jedem Lehrling. Die Höhe dieser Steuern wird von den einzelnen Handwerkskammern festgesetzt und muß vom Handelsminister bestätigt werden. Gegen die Veranlagung im Zahlungsbefehl kann beim Wojewoden binnen 14 Tagen Einspruch erhoben werden.

§ **Notlandung eines Verkehrsflugzeuges der Linie Bromberg—Danzig.** Die Piloten der Verkehrsflugzeuge haben Befehl, selbst bei geringsten Unregelmäßigkeiten des Motors Notlandungen vorzunehmen, um Katastrophen vorzubeugen. Am Freitag nachmittag gegen 4.30 Uhr mußte ein mit dem Piloten und vier Passagieren besetztes Flugzeug der Flugzeuggesellschaft „Lot", das auf der Linie Bromberg—Danzig verkehrt, infolge Motordefekts bei Lindenhof (etwa vier Kilometer südlich von Schöneck an der Ferse gelegen) notlanden. Da das Gelände hier sehr hügelig ist, gestaltete sich die Landung äußerst schwierig, doch gelang es dem Piloten Jakubowski, das Flugzeug ohne Schaden für die Passagiere zu Boden zu bringen. Diese setzten mit einem Auto die Reise bis nach Schöneck und von dort mit dem Zuge bis nach Danzig fort. Das Flugzeug startete nach Behebung des Motorschadens am Sonnabend früh gegen 9 Uhr zum Weiterfluge.

§ **Noch ein religiöses Denkmal für Bromberg.** Wir berichteten gestern über den Plan, ein Kreuz im Zentrum der Stadt zu errichten. Nunmehr wird bekannt, daß die Dreifaltigkeitsgemeinde die Errichtung eines **Herz-Jesu-Denkmals auf dem Posener Platz plant. Der Magistrat soll für diesen Zweck bereits einen Platz bestimmt haben.** Die Grundsteinlegung zu diesem Denkmal soll noch im Laufe dieses Monats erfolgen.

§ **Überfall.** In den Morgenstunden des 7. d. M. fuhr der Kutscher Wilhelm Wilbrandt mit einem Milchwagen nach Bromberg. In der Nähe von Prondy kam ihm ein Radfahrer entgegen, der, als er in der Nähe des Wagens war, vom Rade sprang und sich auf den Milchwagen schwang. Der Fremde wollte dem Kutscher die Zügel entreißen, was dieser jedoch nicht gestattete, so daß es zu einer Schlägerei kam, wobei der Bandit dem Kutscher mehrere Verletzungen mit einem Stein auf dem Kopf beibrachte. Darauf sprang der Fremde vom Wagen und flüchtete. Blutüberströmt traf Wilbrandt in Bromberg ein, wo er sich verbinden ließ und dann der Polizei Meldung von dem Überfall machte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

§ **Immer wieder Fahrraddiebstähle.** Der Gymnasiast Bernhard Laskowski hatte sich mit einem Fahrrad, das der Bromberger Brauerei gehörte, zum Güterbahnhof begeben und das Rad dort stehen gelassen, ohne es auf irgendeine Weise gegen Diebe zu sichern. Der „Erfolg" dieses Verfahrens blieb nicht aus: Bald war das Rad, das einen Wert von 150 Złoty besitzt, verschwunden.

§ **In die Herz-Jesu-Kirche eingebrochen** wurde heute Nacht. Die Diebe verschafften sich durch Eindrücken eines Fensters Eingang in die Kirche, unterzogen dann sämtliche Opferbüchsen einer Revision und verschwanden dann, ohne eine Beute gemacht zu haben.

§ **Opfer des Leichtsinns.** Ein 14jähriger Gymnasiast warf gestern in den Nachmittagsstunden in leichtsinniger Weise mit Steinen, wobei er einem jungen Mädchen, das im Hause Luisenstraße 21 wohnt, einen Stein so heftig ins Gesicht warf, daß dem Mädchen ein Auge ausfloß.

§ **Kindesleichenfund.** Auf dem neuen evangelischen Friedhof wurde in einer Erdgrube verscharrt eine Kindesleiche aufgefunden. Die Leiche befand sich in einem Papp-karton und war in Lappen gehüllt. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

§ **Festgenommen** wurden während einer Polizeistreife in einer Scheune in der Nähe von Jagdschütz neun Männer und vier Frauen, die dort nächtigten. Außerdem wurden verhaftet zwei Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Hehlerei, drei wegen Lärmens auf der Straße, zwei wegen Flucht aus einer Erziehungsanstalt und drei wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften.

* **Wirsitz** (Wyrzysk), 10. März. Kram-, Vieh- und Pferdemarkt findet am 20. d. M. hierselbst statt.

* **Aus dem Kreise Inowrocław,** 10. März. Ein Brand brach am 6. d. M. gegen 9 Uhr abends in Marcinkowo auf dem Gehöft des Besitzers August Drieschner aus, durch den eine Scheune sowie zwei Schuppen eingeäschert wurden. Außerdem verbrannten auch große Vorräte an Heu und Stroh sowie sämtliche landwirtschaftliche Maschinen und eine Menge Wirtschaftsgeräte. Der Schaden beläuft sich auf ca. 22 000 Złoty. Die Gebäude waren versichert.

* **Posen** (Poznań), 10. März. Die Bemühungen des Posener Magistrats um eine langfristige Auslandsanleihe für den Ausbau der Stadt und zur gleichzeitigen Linderung der Arbeitslosigkeit haben Erfolg gehabt. Der Stadtpräsident Ratajski, der sich vor einiger Zeit ins Ausland begeben hatte, sprach am Sonnabend vor Vertretern der Posener Presse über den Verlauf seiner Verhandlungen. Die englische Bank, die der Stadt eine Anleihe von 20 Millionen für den Bau des neuen Elektrizitätswerkes gewährt hatte, hat die Anleihe um weitere 10 Millionen erhöht. Man rechnet damit, daß in zwei bis drei Monaten weitere Kanalisationsarbeiten und vorbereitende Erdarbeiten zum Bau des neuen Viehmarktes in Angriff genommen werden können. Der zweite langfristige Kredit, der günstigere Realisierungsaussichten hat, ist der Verkauf 8prozentiger Stadtobligationen, zu deren Emission in Höhe von 20 Millionen Złoty die Stadt bereits im vergangenen Jahre die Genehmigung der Regierungsbehörden erlangte. Die schwierige Finanzlage hat aber den Absatz dieser Obligationen im Inlande nicht gestattet, und es finden Verhandlungen über den Verkauf dieser Obligationen mit Gruppen des Auslandskapitals statt. Der französische Markt hat sich wegen der hohen Stempelgebühren als ungünstig erwiesen, und die Obligationen werden wahrscheinlich in der Schweiz oder in Belgien angelegt werden. Die daraus erwarteten Anleihesummen sollen für den Bau neuer Wohnhäuser Verwendung finden. — Ein großes Schadenfeuer entstand am Sonntag im Vergnügungspark am Eichwaldtor. Es verbrannten vier Karussells, Schaukeln und B ugeräte. Der Geschädigte berechnet den Schaden auf 40 000 Złoty. Es liegt dem Vernehmen nach Brandstiftung vor. — An der Kreuzung der Wasser- und Schlosserstraße stieß am Sonnabend der Straßenbahnwagen 1 mit dem Lastauto P. Z. 11 093 zusammen. Das Auto wurde stark beschädigt und der außer dem Chauffeur auf dem Wagen befindliche 64jährige arbeitslose Walerjan Zaczyński, St. Martin 72, schwer verletzt.

* **Ostrowo,** 9. März. Der zwischen Kalisch und Ostrowo verkehrende Autobus, gesteuert von Zygmunt Sobieszek, überfuhr den 77jährigen Leon Benke. Der betrunkene Chauffeur wollte sich aus dem Staube machen. Bei einer Biegung fiel der Wagen in den Graben und zerschellte. Sieben Insassen wurden schwer verletzt. Der leicht verletzte Chauffeur wurde verhaftet.

* **Jarotschin** (Jarocin), 10. März. Tödlicher Unglücksfall. Der 12jährige Jan Bachorz aus Wola Książęca bestieg nach Schulschluß mit Erlaubnis des Kutschers einen den gleichen Weg fahrenden Wagen. Plötzlich scheuten die Pferde. Der Knabe sprang vom Wagen, kam aber unter dessen Räder zu liegen, die ihm über den Kopf gingen und ihn auf der Stelle töteten.

* **Neutomischel** (Nowy Tomyśl), 9. März. Zusammenstoß. Am Sonnabend stieß auf der Chaussee nach Neustadt, in der Nähe der Nitscheschen Schneidemühle, ein Auto mit einem Fuhrwerk zusammen. Das Pferd wurde verletzt und Auto wie Wagen beschädigt.

r. **Zirke** (Sierakow), 8. März. Diebe versuchten bei dem Besitzer Herder in dem benachbarten Kubisch einzudringen. Als H. die Einbrecher bemerkte, gab er durch ein Fenster einen Schrotschuß ab, worauf die Einbrecher unter Drohungen die Flucht ergriffen.

* **Obornik,** 10. März. Am Sonnabend fand im Schützenhaussaale das gemeinsame Wintervergnügen des Männer-Turn-Vereins Vorwärts und der Ortsgruppe des Verbandes für Handel und Gewerbe unter großer Beteiligung des Mittelstandes der deutschen Bevölkerung statt. Vorgeführt wurden turnerische Darbietungen der Männer- und Damenriege, sowie ein von den Mitgliedern des Turn-Vereins flott gespieltes Werbe-Theaterstück (Mudikes in der Sommerfrische), das großen Beifall fand. Zum Schlusse richtete der Vorsitzende noch beherzigenswerte Worte an die Eltern, daß sie die Jugend tüchtig, tugendhaft und treu erziehen möge, und die Jugend möge die Hoffnungen erfüllen, die die deutsche Turnerschaft in Polen auf sie setzt. Mit einem kräftigen „Gut Heil!" auf die Jugend war der erste Teil des Festes beendet. Dann trat der Tanz in seine Rechte.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 11. März.

Krakau — 1,85, Zawichost + 1,60, Warschau + 1,88, Plock + 1,11 Thorn + 0,82, Fordon + 0,74, Culm + 0,67, Graudenz + 0,84 Kurzebrak + 0,97, Pickel + 0,20, Dirschau — 0,12, Einlage + 2,24 Schiewenhorst + 2,44.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 58. 59

Statt Karten.

Ihre Verlobung geben hiermit bekannt

verw. **Frau Else Tczerclas von Tilly**
geb. Köster und
Kurt Laudien, Rittergutsbesitzer
Bogdanki, Kreis Grudziądz

Bremen, im März 1930 3284

Hypotheken
reguliert mit gutem Erfolg im In- und Auslande

St. Banaszak,
Rechtsbeistand
Bydgoszcz, ulica Cieszkowskiego (Moltkestr.) 2. 2318
Telephon 1304.
Langjährige Praxis.

Zuchtvieh- u. Schweineauktion

veranstaltet **Pomorskie Towarzystwo Hodowców Bydła** (Pommerellische Herdbuch) und **Pomorski Związek Hodowców Trzody Chlewnej** (Schweinezuchtgesellschaft) 3295

am 10. April 1930, um 11 Uhr vorm. auf dem städtischen Schlachthof in Grudziądz.

Kataloge werden auf Wunsch durch die Geschäftsstelle des Pomorskie Towarzystwo Hodowców Bydła-Toruń, Plac Św. Katarzyny Nr. 1, Telefon Nr. 64 (von 16—18 Uhr Telefon Toruń Nr. 53) zugestellt und am Auktionstage auf dem Platze erhältlich.

Erna Eichmann
Erich Racho
Verlobte
Nowawieś (Eletsdorf), März 1930
3285

Für die anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir unseren **herzlichsten Dank.** 1316

Max Wollschläger und Frau Emma geb. **Birkholz.**

Tarkowo, den 27. Februar 1930.

Heute früh 5 Uhr starb sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber, treusorgender Vater, unser guter Onkel und Vetter, der

Tischlermeister
Carl Quandt

18 Tage vor seinem 75. Geburtstage.

In tiefem Schmerz
Toni Quandt.

Bydgoszcz, den 11. März 1930. 1322

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 14. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten evgl. Friedhofes, Jagiellońska aus statt.

Schönheitspflege
Elizabeth Arden-Präparate, London
Helene Pessl-Präparate, Wien 3043
Paraffin-Packungen
Erstklassige Ausführung u. Beratung
Salon Sikorski, Gdańska 21, Tel. 817.

Milena-Zentrifugen

zeichnen sich aus durch schärfste Entrahmung und leichten, ruhigen Gang. 2762
In sämtlichen Größen von 35 bis 330 Ltr. Stundenleistung sofort lieferbar.
Günstigste Zahlungsbedingungen.

Gebrüder Ramme, Bydgoszcz
ul. Sw. Trójcy 14b Telefon 79.

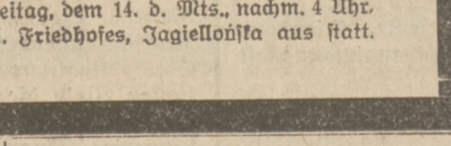
Koks
in verschiedenen Sorten
Schwefelammoniak
enthaltend 20—22% Stickstoff
Benzol für Motoren
weiß und gelb
verkauft in größeren und kleineren Mengen zu ermäßigten Preisen 2379

Bydgoska Gazownia Miejska
Jagiellońska 38 Tel. 630, 631, 2235

Privat-Unterricht 1301

in doppelt. Buchführung, Korresp., kaufm. Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben u. poln. Sprache in Wort u. Schrift. Damen u. Herren vom Lande werden bei mäßigem Honorar als Rechnungsführer u. Gutssekretärin ausgebildet.

Frau J. Schoen, Bydgoszcz, Libelta 12, III.



FAMILIEN-DRUCKSACHEN
ALLER ART, LIEFERT SCHNELLSTENS
A. DITTMANN T. Z O. P
BYDGOSZCZ
JAGIELLOŃSKA 16

Garten-Arbeiten! Anlagen, Pflanzungen und Verschnitt führt sachgemäß u. billig aus **W. Schmidt,**
3103 **Wielki Komorsk, pow. Swiecie.**

Herrschaft Grocholin p. Kcynia
hat zirka
60 Festm. Birkenstämme
zu Nutzholz und Deichselstangen
abzugeben. 3139

Haushaltungskurse
Janowitz (Janówiec), Kreis Żnin.
Unter Leitung geprüfter Fachlehrerin.

Gründliche praktische Ausbildung im Kochen, in Kuchen- und Tortenbäckerei, Einmachen, Schneidern, Schnittzeichenlehre, Weißnähen, Handarbeit, Wäschebehandlung, Glanzplätten, Hausarbeit, Molkereibetrieb.

Praktischer und theoretischer Unterricht von staatlich geprüften Fachlehrerinnen. Außerdem polnischer Sprachunterricht.
Abschlußzeugnis wird erteilt.

Schön gelegenes Haus mit großem Garten.

Beginn des Halbjahres-Kursus:
3. April 1930.

Pensionspreis einschl. Schulgeld 120 zł monatlich. Auskunft und Prospekte gegen Beifügung von Rückporto. Anmeldungen nimmt entgegen 3091

Die Leiterin.

E. Karpowicz
Auf Teilzahlung — Auf Teilzahlung
ul. Długa 66 Telefon 809
Damen- und Herrenkleidung -:- Schuhe
Stoffe zu Herrenanzügen und Damenkostümen
Gardinen -:- -:- Leinen. 2959

Tartak parowy w Mroczy
Telefon 11
liefert zu Konkurrenz-Preisen
Kantholz
laut Liste und
Baumaterial.
Auch werden Bauten nach Zeichnung kompl. ausgeführt. Kredit wird erteilt. 3115

Fotografien zu staunend billigen Preisen 2667
Passbilder sofort mitzunehmen
nur Gdańska 19.
Foto-Atelier. Tel. 120.

Mercedes Sp. z o. o. **Mostowa 2**

Sie kaufen bei uns
am billigsten
Schuhwaren
Strümpfe
Konfektion
Herrenartikel

3296

Ziegelsteine
I. Kl. 2999
Deckensteine
in größ. Mengen offeriert zu günstigen Preisen
Ceramiczne Zakłady Bydgoszcz
Marsz. Focha 46
Tel. 1214—1215 und 1003.
(Plac Teatralny)

Zur Frühjahrspflanzung!

Bieten an: **1-jähr. Kiefernsämlinge,** prima starke Pflanzen,
z. Preise v. **5.— zł** per 1000 Stck.
2-jähr. Eichensämlinge,
z. Preise v. **50.— zł** pro 1000 Stck.

Anfragen an: **Forstverwaltung Gypniewo** (**Pomorze**). 3232

Unterricht
in **Buchführung**
Maschinenschreiben
Stenographie
Jahresabschlüsse
durch 2697
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Marszałka Focha 14.
Bydgoszcz, Tel. 18—01

Empfehle mich a. **praktische Schneiderin.** Arbeite auch Mäntel, a. liebsten im Hause. 1289
E. Gierke,
Mazowiecka 40, ptr.

Rote Rüben
Sellerie
Petersilie
Buchsbaum
in größer. Mengen hat abzugeben Gärtnerei **Fordońska 5.** 1255

Großer
Ausverkauf

von Waren aus einer Versteigerungsmasse herstammend für fremde Rechnung

heute u. in den folgenden Tagen
von 8.30 ab in der **Mostowa 9** (Brückenstraße).

Zum Verkauf gelangen:

Damenhüte, Garnier-Artikel, Herrenhüte, Mützen, Galanterie-Artikel, Oberhemden, Kravatten, Hosenträger, Socken, Strümpfe, Trikotagen, Handschuhe, Sweater und versch. and. verwandte Artikel.

Michał Piechowiak,
vereidigter Taxator u. Auktionator. 2848

Dr. v. Behrens
bearbeitet allerlei Verträge Testamente, Erbsch. Auflassungen, Hypothekenlöschung., Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3,
beim Schlachthaus.

Frische Heringe
(Norweger, Schweden) und **Sprotten** zu den billigst. Engrospreisen tägl. zu haben. Bestellungen werden prompt ausgeführt. 1303
Cieszynski,
Łokietka 6. Telef. 975.

Restaurant Elysium Hotel
Gdańska 134 Telefon 1171

Mittwoch, den 12. März 1930:

5. Extra-Konzert
RoKoKo-Musik
Kapelle Ludwig Kłobucki.

Konzert-Beginn 6 Uhr. Programm-Beginn 8 Uhr.
Programme liegen auf den Tischen aus. 3294

Forstpflanzen und Obstbäume
liefern billigst.
Aufforstungen, Park- u. Obstbaumanlagen
werden übernommen u. fachgemäß ausgeführt
Bracia Kunca, Forstbaumschule
Sępólno-Lutowo. 2949

Spenden für die Volksküche:

Łyskawa 156 Pfd. Fleisch, Prostak-Jachcice 4½ Ztr. Mohrrüben und 2½ Ztr. Kohl in Köpfen, U. Bad. Srod. Spożyw. Gill 26 Pfd. Butter (konfisziert), U. Bad. Srod. Spożyw. Borowicz 19½ Pfd. Butter (konfisziert), B. Kentzer i Ska. 2½ To. Heringe, Jakubowski 30 3-Pfd.-Brote, Karol Behrendt 100 Pfd. Erbsen und 38 Pfd. Nudeln, Stefan Fechner einen Kindermantel, 11. Dywizja Artylerji Konnej 5 Ztr. Bohnen, 2 Ztr. Grütze, 4 Ztr. Graupen, 2,56 Ztr. Sauerkohl und 10 Ztr. Kartoffeln, Stoll 30 3-Pfd.-Brote, St. Mączyński 20 Pfd. Margarine, Słomiański 30 Pfd. Fleischabfälle und 30 Pfd. Grützwurst, Klein 20 3-Pfd.-Brote und 100 Semmeln, Cukiernia Grey 21 Brote, 93 Schnecken und 11 Struzel, Państwowe Zakłady Przemysłowo Zbożowe 2 Ztr. Grütze, Mateja & Mindak 90 Pfd. gekochtes Fleisch, Stencel 30 3-Pfd.-Brote, Kunkiel Zygm. 50 3-Pfd.-Brote, Firma „Samopomoc" Kadów 50 3-Pfd.-Brote, A. Cywiński 2 Fässer Sauerkohl, Jan Hojka 50 kg Brot, 50 Semmeln und 50 Schnecken. 3259

Allen Spendern herzlichen Dank.

Bydgoszcz, den 6. März 1930.

(—) **Dr. Śliwiński,** Prezydent miasta.

· Ein gut eingeführter Pommereller, 50 Jahre alt, firm in Wort und Schrift, deutsch u poln., sucht für Graudenz noch

Vertretungen

für Mühlen, Butter, Fette u. and. Bäckereibedarfsartikel. Gfl. Off. u. **B. 3264** a. d. Geschst. **Kriedte, Grudziądz.**

Prima
Steinkohlen
Hüttenkoks
Briketts
liefert in jed. Menge
„Impregnacja"
Bydgoszcz
Lager
Chodkiewicza Nr. 8-18.
Telefon 1300.

Saat- 2986
Gerste
Hafer
Sommer-Weizen
Wicken
Erbsen
Seradella u. and. Sämer.
offeriert
Landw. Ein u. Verkaufsgen.
Gniewkowo
Telefon 27

P Z 46964
Autonummer verl.
hohe Belohnung
Ossolińskich 10, II r. 1330 oder Autobus **Bydgoszcz-Chojnice.**

Anerkanntes Saatgut:
Original und I. Absaat von
Pflug's:
Gelbhafer
hochertragreiche Siegersorte
Baltersbacher Felderbse 2613
frohwüchsig, anspruchslos, ertragsicher
Bl. Lupine „Allerfrüheste"
Reife 10—14 Tage vor allen anderen Sorten
II. Absaat von
Heil's:
Frankengerste
begehrte, ertragsichere Braugerste
liefere billigst. Preisofferte und Muster auf Wunsch. Händlern gewähre Rabatt.
Dr. Germann-Tucholka
pow. Tuchola, poczta Tel. Kęsowo 4.

Offeriere:
Schalbretter 20 mm und 23 mm
Bretter 23, 30, 35 und 42 mm
Balken, **Kantholz** — in allen Längen und Stärken
Hartholzbohlen, **Schirrholz** — für Güter und Stellmacher
Einschnitt von Bauten nach Liste
Lohnschnitt 3169

Emil Fiessel, Dampfsäge-, Hobel- und Spundwerk
Dąbrowa-Chełmińska
gegr. 1872 pow. Chełmno. Telef. Nr. 2.

Abzugeben zur Saat:

Nolc u. v. Dreeger's **„Allerfrüheste" Gerste,** von der Izba Rolnicza Toruń anerkannt. 25% über Posener Höchstnotiz für Braugerste. 182

Dom. Niemczyk, p. Dubielno koło Chełmży



Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Donnerstag, d. 13. März, abends 8 Uhr:
Neuheit! Neuheit!
„Arm wie eine Kirchenmaus"
Lustspiel in 3 Akten v. Ladislaus Fodor.
Deutsche Bearbeitung von Siegfried Geyer.
Eintrittskarten in Johne's Buchhandlg. Donnerstag v. 11—1 u. ab 7 Uhr an der Theaterkasse.
3250 **Die Leitung**